

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Stichtestafel 3,30 Mr., monatl. 1,10 Mr.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die schiefgepaletete Rotations-
presse oder deren Raum 40 Pf., für
Verlags- und Verkaufsanzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Kennzeichen: Auf 1, Nr. 1508.
Telegraphisch: Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 16. September 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Freiheit der Wissenschaft in Preußen.

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Dieser Grund-
satz, der in einem wahrhaft zivilisirten Gemeinwesen als
erstes Erforderniß eines jeden Kulturfortschritts hochgehalten
werden sollte, findet sich als besonderer Artikel auch in der
preussischen Verfassungsurkunde.

Es braucht zum Beweis dafür nur an die lex Arons
erinnert zu werden. Man gebe sich nicht etwa der Hoff-
nung hin, daß es sich bei diesem Maulkorbgesetz nur um eine
Eingelebtheit handelt.

Das Bestreben, wissenschaftliche Gedanken mit Kanonen
todzuschießen, tritt besonders deutlich auf dem Gebiete der
nationalökonomischen Wissenschaft zu tage.

Man lese nur aufmerksam die Verhandlungen des Land-
tages über den Kultusetat der letzten beiden Jahre nach, und
man wird sich davon überzeugen, daß thatsächlich die Absicht
besteht, die Wissenschaft in Preußen zu knebeln.

Man lese nur aufmerksam die Verhandlungen des Land-
tages über den Kultusetat der letzten beiden Jahre nach, und
man wird sich davon überzeugen, daß thatsächlich die Absicht
besteht, die Wissenschaft in Preußen zu knebeln.

Was soll man dazu sagen, wenn der Minister, dem die
Universitäten, der Hort der freien Wissenschaft, unterstellt sind,
ganz offen den Grundsatz proklamirt, man müsse darauf
Bedacht nehmen, daß bei der Behandlung der
Arbeiterfragen in den Vorlesungen der
Standpunkt der Unternehmer etwas mehr
als bisher zur Geltung kommt, eingedenk des
Wortes, daß man die Henne nicht schlachten solle, die
die goldenen Eier legt?

Was soll man dazu sagen, wenn der Minister, dem die
Universitäten, der Hort der freien Wissenschaft, unterstellt sind,
ganz offen den Grundsatz proklamirt, man müsse darauf
Bedacht nehmen, daß bei der Behandlung der
Arbeiterfragen in den Vorlesungen der
Standpunkt der Unternehmer etwas mehr
als bisher zur Geltung kommt, eingedenk des
Wortes, daß man die Henne nicht schlachten solle, die
die goldenen Eier legt?

Man wird gewiß nicht behaupten wollen, daß die
Männer, die heute die staatswissenschaftlichen Lehrstühle ein-
nehmen, allzu arbeiterfeindlich gesonnen sind, und doch geht
der geringe Schutz, den sie der Arbeiterklasse angedeihen
lassen wollen, den maßgebenden Kreisen schon zu
weit.

Da spreche noch einer von der Freiheit der Wissenschaft
in Preußen. Alles, selbst die Universitäten, wollen die herr-
schenden Klassen ihren Interessen dienstbar machen, und wehe
dem, der sich nicht fügt!

Fast noch unangenehmer, als dieses kulturfürsinnliche Streben
des Ministers und seiner Hintermänner berührt die Erscheinung,
daß die Vertreter des Volkes nicht den Muth haben, gegen
eine solche Anebelung der Wissenschaft energisch zu protestiren.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. September.

Der Kaiser und die Feudalherren der Industrie.
Auf die Depesche, welche die Vertreter des Zentralverbandes
deutscher Industrieller und verschiedener wirtschaftlicher Ver-
einigungen Rheinlands und Westfalens aus Düsseldorf an den
Kaiser gerichtet hatten, ist folgende telegraphische Antwort an
die Adresse des Reichsraths von B a s s e r — den bekannten
Augsburger Spinnerkönig, den süddeutschen König Stumm —
erfolgt:

„Se. Majestät der Kaiser und König lassen den dort ver-
ammelten Vertretern der deutschen Industrie für die Allerhöchst-
Jhnen aus Anlaß des grausigen Verbrechens in Genf gebildete
Stimmung treuer Anhänglichkeit aufrichtig danken. Auf aller-
höchsten Befehl
von L u c a n u s, Geh. Kabinetorath.“
Unsere Leser erinnern sich genugsam des Inhalts der
Unternehmerdepesche, welche nicht nur von der Anhänglichkeit

an den Kaiser, sondern auch von der Nothwendigkeit der
Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Umsturz sprach.
Wir haben der Antwort des Kaisers nichts hinzuzu-
fügen!

Gegen den „Umsturz“ hat der Kaiser in P r e n z l a u,
wo er den Wandern beivohnte, eine Rede gehalten. In
einer Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Prenzlauer
Bürgermeisters erwiderte er:

„Es seien auch jetzt trübe Zeiten, in denen genug zu thun
bleibe, und besonders darauf geachtet werden müsse, daß den
Umsturzgelüsten kräftig entgegengetreten werde.

Die kapitalistische Depresse der Agrarier und Industrie-
magnaten fährt natürlich fort, Zwangsgesetze gegen alle Gegner
der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung zu fordern.
Von dieser Gesellschaft hat ja auch niemand erwartet, daß sie
aus der Genfer Unthat vernünftige Lehren ziehen könnten.

Besonders interessant ist das Verhalten der Z e n t r u m s -
p r e s s e. Vor einigen Jahren wollte dieselbe gar nichts davon
wissen, daß man der Sozialdemokratie Vornahme mache wegen
des Attentates. Die „Köln. Volksztg.“ z. B. sagte: „Daß die
Sozialdemokraten und Anarchisten nicht identisch sind, sieht
allmählich auch der einfachste Mann ein“; und weiter:
„Jedenfalls entbehre es der Logik, wenn man mit
der Hirnverbrannten Unthat eines italienischen Anarchisten
ein Ausnahmegesetz gegen die deutsche Sozialdemokratie be-
gründen wollte, die mit dem Attentat doch sicherlich nicht das
mindeste zu thun hat.“

Jetzt aber hat die Zentrums-Presse noch eine andere Lesart
gefunden, eine Lesart, die unseren ausnahmengesetzwilligen
Bourgeoisblättern sehr wenig angenehm ist. Gleichlautend
schreiben die „Germania“ und die „Köln. Volks-
zeitung“:

„Will man den Anarchismus wirklich „an der Wurzel treffen“
und „mit Stumpf und Beil anschneiden“, will man auch die
„zum Anarchismus führenden Bestrebungen“ wirklich unwiderrücklich machen,
dann darf man nicht auf die Symptome der Krankheit allein den
Widriht richten, sondern des Uebel's Kern muß erkannt und getroffen
werden. Die Sozialdemokraten und die Anarchisten haben aber
selbst oft genug darauf hingewiesen, daß sie nur die Kon-
sequenzen aus den Lehren der modernen Wissenschaft ziehen,
die auf Atheismus und Materialismus aufgebaut ist. Da hat man die Wurzel des Anarchismus! ...“

Will man nun etwa verbieten, daß Atheismus und Materialis-
mus von den Reichthümern der Universitäten verkündet, in wissen-
schaftlichen Werken verbreitet werden? Will man den Unglauben
aus den Fakultäten der protestantischen Theologie und von den
protestantischen Sängeln verbannen? Will man dem praktischen
Materialismus, der sich in Gemüthsstumpfheit und Verführung dreht
macht oder unter der Form der Kunst und schönen Literatur den
niedrigsten Trieben der Menschheit schmeichelt, zu Leibe
gehen? Nichts von alledem. Die Herren Gelehrten sollen
den Materialismus ungehindert weiter lehren, die besitzenden
Klassen sollen ungehindert dem materialistischen Lebensgenuss weiter
freuen, Schmutz und Unsitlichkeit sollen als Kunst einen
Freibrief genießen, aber den Leuten, die unbedingte Forderungen
aus derselben Lehre ziehen, denen soll das Handwerk mit Gewalt
gelegt werden.

So lange die wirkliche Quelle des Anarchismus und des Um-
sturzes nicht verstopft wird, wird man sich vergeblich bemühen.
Das Genfer Attentat erhebt eine fürchtbare Anklage
gegen den Geist der Zeit, den Geist des Atheismus und
des Materialismus. Da kann nur die Umkehr helfen, die Rück-
kehr zu Gott und seinen Geboten für Hoch und
Niedrig. ...

Die literarischen Bediensteten des Herrn v. Stumm werden
gegen diesen Angriff nichts ausrichten können. Sie werden
mit ihrer eigenen Waffe geschlagen. Genau wie sie versuchen,
die Sozialdemokratie als „Vorrucht“ des Anarchismus hin-
zustellen, so wird ihr Protestantismus und die Gemüthsstumpfheit
ihrer Kreise als Vorrucht der Sozialdemokratie bezeichnet.

Wir freilich halten die Auffassung der „Post“ wie der
„Germania“ für verfehlt und untreu. Die Geschichte läßt sich
nicht in so einfache Formeln spannen.

Jedenfalls zeigt es sich auch jetzt wieder, daß eine Ueber-
einstimmung der Meinungen über die Mittel, wie solch be-
dauerlichen Aeußerungen eines fanatischen Verbrecherfinnes
entgegen zu treten sei, sofort weit auseinander gehen, wenn
man der Frage praktisch näher tritt.

Als das einzig Werthvolle tritt aus all dem massenhaften
Gerede über das Genfer Attentat der Gedanke hervor, daß
die herrschende Klasse endlich ernsthaft Einsicht halten und
ihre selbstsüchtige Feindschaft gegen die sozialen Bestrebungen
der Arbeiterklasse wenigstens etwas zurückdrängen müsse. So
und nur so wird einer Wiederholung gräßlicher Thaten wie
die in Genf vermieden werden können.

Leider fürchten wir, daß wir tauben Ohren predigen.
Der gewaltthätige, anarchische Geist der Herren vom Zentral-
verband der Industriellen ist bei uns überaus einflussreich. —

Umsturzheer in Italien. Aus verschiedenen italienischen Provinzialstädten werden Verhaftungen von „Anarchisten“ gemeldet. Ebenfalls wurden in Rom, wie das „Wolff'sche Bureau“ berichtet, mehrere „Sozialisten und Anarchisten“ verhaftet; zwei sollen am „Abanti“ beschäftigt sein.

Der Ministerpräsident Belloni hat bereits an die Präfekten ein Zirkular erlassen, in welchem dieselben aufgefordert werden, die „Revolutionäre“ zu überwachen. Ein anderer, „geheimer“ Erlaß — der aber doch vom „Abanti“ veröffentlicht ist — verlangt von den Präfekten detaillierte und sichere Auskunft über die republikanische und sozialistische Presse, über die Vereinigungen, Broschüren etc. In besonderen will die Regierung „volles Licht“ haben über „gewisse Leute“, welche es verstanden haben, sich als „Friedens- und Gleichheitsapostel“, als „Erzieher des Volkes“ bei den Massen populär zu machen.

Der Herr Ministerpräsident thut etwas, um etwas zu thun. Vielleicht oder wahrscheinlich wird man auch zu den Hunderten und Tausenden, die man ungerecht vor Gericht und in den Kerker geschleppt hat, noch einige Opfer hinschlachten. Aber nichts kann aus alledem herauströmen für den Zweck, den man angeblich verfolgt, für die Vorbeugung gegenüber anarchistischen Gewaltthaten.

Wie uns unser römischer Korrespondent schreibt, giebt es in Italien eigentliche Anhänger der „Propaganda der That“ überhaupt nicht mehr. Die „theoretischen“ Anarchisten sind entweder im Gefängnis, im Zwangswohnort oder im Auslande. Diejenigen, welche unter dem Namen Anarchisten noch vorhanden sind, treiben eine vollständig geschmacklose Propaganda, haben auch einige Organisationen und sind im ganzen nicht sehr zahlreich. Sie sind eigentlich Sozialisten, welche nur die Beteiligte an den Wahlen verurtheilen; sie sammeln Gelder für die Sozialisten, lesen deren Zeitungen, sind alles andere denn Mörder.

Wenn man diese Leute, die eine friedliche Organisation der Arbeiter betreiben, durch gewaltsame Gesezesbewegungen trifft, so erreicht man damit gar nichts gegen Verbrecher wie die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich. Im Gegenteil, dadurch gerade erbittert man und reizt denkwürdige und verwerthlose Individuen zu verbrecherischen Thaten an.

Könnte Gewalt etwas ausrichten, so müßte es durch die Ereignisse des letzten Halbjahres in Italien erreicht werden können.

Wegen der Mailänder Tumulte am 6., 7., 8. und 9. Mai sind etwa 1500—2000 Personen verhaftet worden. Eine große Zahl der Verhafteten mußte allerdings wieder entlassen werden, da gegen sie, trotz des gewiß guten Willens der Anklagebehörde sich nichts vorbringen ließ. Gegen 776 wurde Anklage erhoben und 69 wurden in contumaciam verurtheilt. Das Mailänder Kriegsgericht bildete zwei Kammern, die am 17. bezw. 23. Mai ihre Thätigkeit begannen. Diese zwei Kammern haben also in 126 Einzelprozessen 885 Personen abgeurtheilt; hierunter befanden sich 226 Jugendliche und 27 Frauen. Nur 143 der Angeklagten entgingen der Verurteilung, von den Frauen wurden 17 verurtheilt, 10 freigesprochen.

Die Kriegsgerichte fällten insgesamt folgende Urtheile: 1468 Jahre 6 Monate und 17 Tage Gefängnis; 83 Jahre 10 Monate und 6 Tage Zwangsdomizil; in Summa 1562 Jahre 8 Monate 8 Tage. Dazu 307 Jahre Polizeiaufsicht und 48 752 Frs. Geldstrafe.

Die Vermuthung dürfte sich nicht von der Hand weisen lassen, daß gerade diese wahnsinnige Wüthen der Blutgerichte seiner Heimath in den blühen Schädel des Ruchens den Plan zu der wahnsinnigen Mordthat hat reifen lassen! —

Andschreitungen gegen Italiener. Aus Triest wird vom 15. September gemeldet: Im Laufe des gestrigen Tages kam es in Kabresina zu Andschreitungen gegen italienische Arbeiter. Etwa 300 Slowenen drangen in zwei italienische Arbeiterwerkstätten, zertrümmerten die Fenstererfenster und zerstörten das Mobiliar der Kanzlei. Weitere Andschreitungen wurden durch Gendarmen verhindert, welche 11 Verhaftungen vornahmen. Inzwischen sind in Kabresina Gendarmereisenschüßungen und zwei Kompanien Militär zu deren Unterstützung eingetroffen. Auch die hiesige Garnison wurde verstärkt. Am Abend wurde die Ruhe weder hier noch in Kabresina gestört.

Die französische Revisionfrage. Präsident Fraux läßt durch die „Agence Havas“ mittheilen, es sei nicht wahr, daß er bei den Beratungen des Ministeriums am Montag bestimmend in die Frage der Revision habe eingegriffen wollen.

Nach neueren Mittheilungen des „Matin“ wird der Grund, warum man sich der Revision entgegensetzt, durchaus klar. Es ist, wie vermuthet wurde: Die Einleitung der Revision bedingt, daß der General Mercier vor Gericht gestellt wird. Der „Matin“ giebt folgende Schilderung der Verhandlungen des Ministerrathes am Montag:

Der Kriegsminister General Jurlingen unterbreitete dem Ministerrath eine Anzahl Aktenstücke, die er als entscheidende vollständige Beweise für die Schuld Dreyfus' erklärte. Mehrere Minister theilten die Ansicht des Kriegsministers, während andere sie bekämpften. Alle aber stellten fest, daß diese Papiere in dem Prozeß im Jahre 1894 dem Vertheidiger nicht abgemittelt worden seien. Die Folgen, welche die Feststellung dieser Thatsache für den General Mercier nach sich ziehen müßte, seien schuld an dem Jögern des Ministeriums.

Es verlautet, daß die Frau de Clam sei nicht nur wegen der Wachen-schäften in der Eberhazy-Angelegenheit gemahrgelagt worden; die Minister wollten in bezug hierauf von dem General Jurlingen Aufklärungen verlangen.

„Echo de Paris“ meldet, daß Soia befände sich gegenwärtig in der Schweiz, wo er an der Abfassung eines Briefes arbeite, welcher zu einträchtigem Zusammenwirken zu Gunsten der Gerechtigkeit und des Patriotismus ermahnt. Der Brief soll in ganz Frankreich durch Mauerkanschlag verbreitet werden. —

Deutschs Reich.

Ueber die Vorbereitungen zur Aufstellung des nächsten Reichstags wird offiziell geschrieben:

Nachdem mit dem 1. August die Frist abgelaufen war, in welcher die Einzelressorts des Reichs ihre Anmeldungen zum Etat für 1899 beim Reichsbudgetamte eingereicht haben mußten, haben inzwischen die kommissarischen Verbindungen zwischen den betreffenden amtlichen Stellen über die Einzelvorbereitungen begonnen. Nach dem Verlauf, den dieselben bisher genommen haben, ist zu erwarten, daß der Entwurf zum Etat dem Bundesrath zur gewohnten Zeit wird vorgelegt werden können. Besondere erhebliche Nachforderungen dürften in dem Etat nicht enthalten sein.

Neues über Bismarck? Aus London wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Unter den heutigen Buchhändler-Anzeigen wird für nächsten Freitag die Veröffentlichung des nachstehenden dreibändigen Werkes angekündigt:

„Bismarck. Einige geheime Blätter seiner Geschichte; ein während fünfundsiebenzig Jahre offiziellen und privaten Verkehrs mit dem großen Kanzler geführtes Tagebuch.“

Das Manuscript dieses Werkes, welches viele bisher noch nicht veröffentlichte Dokumente und einige überraschende Urtheile über seine Zeitgenossen seitens des verstorbenen Kanzlers enthält, wurde vor einigen Jahren nach England gebracht und in London an sicherem Orte bewahrt. Ein Theil des Manuscripts blieb bis zur

Nachricht vom Tode des Kanzlers versiegelt. Das Buch erscheint bei Macmillan u. Co. zu dem Ladenpreis von 30 Schilling (etwas über 30 Mark).

Die Buchhandlung Macmillan u. Co. ist eine der angesehensten Englands. Es dürfte sich also wohl um mehr als um ein sensationelles Nachwerk handeln.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wird voraussichtlich Ende Oktober zusammentreten, um die mündliche Vernehmung von Auskunfts-Personen aus dem Kreise der Kellerer und Gastwirthe über die Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe zu beginnen. Dem Ministerium des Innern ist bereits dieser Tage an die Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer das Ersuchen gerichtet worden, ihm solche Auskunfts-Personen nachst zu machen. In dem Schreiben an die Organisationen der Arbeitnehmer wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die betreffenden noch im Gewerbe thätig sein sollen.

Diese Bedingung, welche bei früheren Vernehmungen nicht gestellt wurde, ist eine Konzession an die Wünsche der Unternehmer. Für die Arbeiter bedeutet sie eine ungedeckte Beschränkung ihrer freien Wahl und eine direkte Schädigung ihrer Interessen. Denn die in Stellung befindlichen werden, wie die Dinge im Gastwirthsgewerbe einmal liegen, vielfach garnicht in der Lage sein, dem Rufe der Kommission zu folgen. Soweit sie aber vor der Kommission erscheinen, werden sie aus Furcht, sich wirtschaftlich zu schädigen, weit weniger als vollständig unabhängige Personen die Interessen ihrer Berufsgruppen vertreten können. Sie werden eine gewisse Besonnenheit nicht überwinden können, ihre Antworten werden von diesem Gefühl beeinflusst sein und so besteht die Gefahr, daß die Kommission nicht ein wahres Bild von den Zuständen im Gastwirthsgewerbe erhält. Deswegen hätte man es den Sachverständigen selbst überlassen sollen, diejenigen Leute zu entsenden, die das Vertrauen ihrer Berufsgruppen besitzen, ohne noch besondere Bedingungen daran zu knüpfen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein Arbeiter aus Nürnberg, der sich in einer Wirthschaft in Schwabach scharf über Wilhelm II. letzte Rede ausließ, wurde wegen Majestätsbeleidigung zur Anzeige gebracht. —

Oesterreich. Graz, 14. September. Daß die Regierung, als sie den deutsch-germanischen Gemeinderath in Graz auflöste, um bei der nächsten Wahl einen gefügigeren Meritalen zu erhalten, einen großen Irrthum beging, geht aus dem Ergebnisse der Großer Neuwahlen hervor. Die Koalition aller Meritalgemeinden blieb gestern um 900 Stimmen gegen die deutschen Wähler zurück. Als die siegreiche Partei ihre Freude äußerte und denationalale Lieder sang, schritt die Wache ein. —

Frankreich. Paris, 15. September. „Gaulois“ meldet, es sei wahrscheinlich, daß die Mehrheit des Cabinets sich doch dem Beschluß des Justizministers Sarrrien fügen werde, wie auch dessen Beschluß sein müge. Wenn Sarrrien sich zu Gunsten der Revision ausspreche, werde nur die Demission des Kriegsministers Jurlingen erfolgen. Der Justizminister verweilte gestern 1 1/2 Stunden im Kriegsministerium, wo er die Akten des Dreyfus-Prozesses durchsah. —

Spanien. Madrid, 15. September. Das Bureau der Kammer legte der Königin-Regentin das Gesetz zur Unterzeichnung vor, welches die Regierung zur Abtretung von Gebietstheilen in den Kolonien ermächtigt. Im Zusammenhang damit ist die folgende „Times“-Meldung aus Philadelphia von Interesse: Nach langwierigen Beratungen beschloß das Kabinett zu Washington, die amerikanischen Friedenskommissare dahin zu instruieren, daß sie die Abtretung der ganzen Insel Luzon, wie auch diejenige einer Insel in der Ladroneegruppe fordern sollen. —

Madrid, 15. September. („Magdeb. Btg.“) Sagasta wird heute der Königin gegenüber die Vertrauensfrage stellen. Falls die Königin-Regentin Sagasta im Amte behält, was wahrscheinlich ist, wird dieser sofort die Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz ernennen. Als erster ist Montero Rios in Aussicht genommen. Neuerdings verlautet, Amerika fordere auch eine Kriegsentfaltung von 20 Millionen Dollars. —

Madrid, 14. September. Senat. Primo de Rivera verlangt eine Untersuchung über seine Amtsführung aus den Philippinen und sagte, wenn er nicht Gemüthsruhe erlange, so werde er vor aller Welt Almenas für einen eiteln Verleumder erklären. Almenas will antworten, doch verweigert ihm der Präsident das Wort. —

Madrid, 14. September. („Zit. Corr.“) Der spanische Kolonialbesitz in Ostasien. Sagasta erklärte in einer vertraulichen Versammlung der ihm befreundeten Parlamentarier, der keine Eleg über die Anstiftungen bei den Wlagoz-Jusen könne die Regierung nicht darüber täuschen, daß die Anwesenheit der Nordamerikaner in den Gewässern der spanischen ostasiatischen Kolonien für die dortigen Eingeborenen ein ständiger Anreiz zu Aufständen sein würde. Hierdurch aber sei der gesammte dortige Kolonialbesitz Spaniens dauernd gefährdet. —

Rußland. Petersburg, 14. September. Der russische Kriegs-Hafen in Liban. Nach Mittheilungen der Marinerverwaltung sind die Arbeiten der beiden großen Docks in Liban, welche zu den Ausbesserungsarbeiten von Schlachtschiffen und Kreuzern I. Klasse eingerichtet sind, vollständig beendet. Die Aktionsfähigkeit der russischen Ostseeflotte ist damit vollendet. —

Türkei. Konstantinopel, 14. September. Die Worte richtete an die Kabinette der vier Mächte zwei Rundschreiben, welche Andria betreffen. In dem einen wird die Verantwortung für die jüngsten Ereignisse abgelehnt und gegen das Bombardement protestirt, während in dem anderen die Zurückziehung der Truppen von Areta abgelehnt und die Lösung der kritischen Frage durch Ernennung eines Gouverneurs verlangt wird. Western Recht stattete der Minister des Aeußeren Ahmed Tewfik den diplomatischen Vertretern der vier Mächte Besuche ab und theilte denselben die Botschaft des Sultans mit, ohne jedoch Entgegenkommen zu finden. —

Kandia, 15. September. („Frankf. Btg.“) Der englische Admiral stellte ein neues Ultimatum, in welchem er die Auslieferung der Schuldigen und der Waffen, sowie die Zerstörung der Häuser, aus denen die Engländer beschossen wurden, forderte. Daraufhin demolirten die Türken vorgestern Abend 60 Häuser. —

Asien. Aus Manila melden die „Times“ vom 14. September: Die Truppen der Insurgenten räudten heute die Vorstädte Manila's. 15 000 Mann sind im Aufmarsch begriffen; die Ordnung ist ungeordnet und es herrscht eine bemerkenswerthe Disziplin. —

Peking, 12. September. Marquis Ito ist gestern in Peking angekommen und wird binnen kurzem hier erwartet. Die Chinesen bringen diesen Besuch in Zusammenhang mit einem Schutz- und Trutzbündnis zwischen Japan und China. Es heißt, Marquis Ito sei beauftragt, unter der Hand Unterhandlungen anzustellen und darüber zu berichten, ob die Möglichkeit vorhanden ist, daß China den verlorenen Einfluß wiedergewinne und ein brauchbarer Bundesgenosse werde. Zweifellos ist hier in der letzten Zeit eine starke Neigung zu Japan hin eingetreten, dessen Reformen der Kaiser von China aufmerksam studirt. —

Afrika. Tanger, 18. September. („Zit. Corr.“) Ästenlotille in Marokko. Der Sultan hat den Ankauf von fünf Kanonenbooten zur Bewachung der Nordküsten angeordnet. Der französische Ministerresident überantwortete daraufhin dem Großvezier eine Note, er werde es als eine unfreundliche Handlung der spanischen Regierung ansehen, wenn diese Boote nicht in französischer Besetzung und zu ihrer Leitung nicht französische Maschinisten angenommen würden. —

Amerika. Washington, 15. September. Die Vereinigten Staaten haben den Bau von drei großen Schlachtschiffen angeordnet. —

Aus Valparaiso meldet der „New-York Herald“, der Grenzstreit zwischen Chile und Argentinien werde sich wahrscheinlich zu einem gewaltigen Zusammenstoß nach Südamerika's entwickeln. Man glaube, Bolivien sei durch Behauptung eines Vertrages mit Argentinien verpflichtet, Chile entgegenzutreten, aber Peru werde Bolivien in Schutz halten. Diese Haltung Perus sei eine Folge davon, daß Chile seine Entschädigungsforderung an Peru wegen Verwaltung der Provinzen Tacna und Arica um 10 Millionen ermäßigt habe.

Aus Santiago de Chile wird telegraphisch gemeldet, daß Chile in großartiger Weise rüste; von anderer Seite wird diese Meldung bestritten. —

Das Organ des Herrn v. Berlepsch,

die „Soziale Praxis“, bemerkt in seiner Besprechung der Deunhauser Rede des Kaisers:

„Wer wird sagen können, daß unser gesammtes Wirtschaftsleben in den letzten Jahren durch die Ausstände eine unheilvolle Schädigung erfahren habe? Unsere Großindustrie, unser Handel erfreut sich seit geraumer Zeit einer Wüthe, die die höchsten Erwartungen übersteigt. In den führenden Gewerbezweigen sind große Streiks überhaupt nicht vorgekommen; seit dem rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Streik von 1889 ist als gewaltiger Arbeitskampf nur der Hamburger Hafenstreik 1896/97 zu verzeichnen, und dieser nimmt eine Sonderstellung ein. Eine lebhafteste Streikbewegung mit wachsenden Dimensionen ist eigentlich nur im Baugewerbe zu sehen; auch hierfür aber sind eigenartige Ursachen maßgebend.“

Nachdem die „Soz. Praxis“ dann auf Grund der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erwähnt hat, daß die Streiks im Jahre 1897 einen Ausfall von rund 1/4 Million Arbeitstagen verursacht haben, fährt das Blatt fort:

„Gewiß eine beklagenswerte Zahl! Aber selbst wenn sie die doppelte und dreifache Höhe erreicht hätte, so wäre das doch nur ein winziger Bruchtheil von den 1800—2000 Millionen Arbeitstagen, die das Jahr bei 6—7 Millionen Industrie-Arbeitern hat. Ein einziger neuer Feiertag, der angeordnet wird, bewirkt mit dem Verzicht auf 6—7 Millionen Arbeitstagen einen größeren Ausfall als sämmtliche Streiks, ganz zu schweigen von dem jahraus jahrein andauernden Verlust, den unverschuldete Arbeitslosigkeit veranlaßt: Bei 200 000 Arbeitswilligen, die keine Arbeit finden können, ergibt das die Summe von 60 Millionen verlorenen Tagen. Und wie wenig ist hier noch geschehen, um diesen Arbeitswilligen zu helfen!“

Wie wenig ist aber überhaupt noch geschehen, um Streiks auf friedlichem Wege einzudämmen? Gibt es denn keine anderen Mittel als Repression, Polizeistraf, Strafgesetze? Der in dem Gesetz über die Gewerbeämter gemachte Anfang der Einigungsgewalt ist nur sehr bescheidener Natur, aber es sind doch schon einige höchst erfreuliche Resultate erzielt worden. Der Reichstag hat sich für obligatorische Anrufung des Einigungsamtes bei Arbeitsstreik ausgesprochen. Auch in konservativen Kreisen wird der Gedanke von Schiedsgerichten sympathisch begrüßt. Die im Ausschlußgewerbe getroffenen Vereinbarungen zwischen den angeschlossenen Organisationen vereinigt Prinzipal und Gehilfen zeigen doch klar, daß ein friedliches Zusammengehen beider Parteien möglich ist. Die Ausbildung des unparteiischen Arbeitsnachweises gehört ebenfalls in dies Kapitel. Selbst diese paar Andeutungen beweisen, wie reichhaltig die Kassenkammer besteht ist, aus der Waffen zur Erlangung und zur Sicherung des sozialen Friedens für einräthvolle Staatsmänner zu holen sind. Freilich Polizeiverordnungen und Strafgesetze sind leichter zu entwerfen als organische Reformen!

Was aber den Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so stimmen wir der These, daß die persönliche Freiheit des Arbeiters, seiner Familie, des Arbeitgeber unter allen Umständen geschützt werden muß, risikolos bel. Aber wir können uns keines positiven Falles erinnern, wo strafbare Exzesse und Ungehörigkeiten bei Streiks als Mangel an Paragraphen des Strafgesetzbuchs oder an Polizeiverordnungen ungehindert bleiben konnten. Nach dem Landmann'schen Kommentar zur Gewerbe-Ordnung kommen zur Unterstützung des § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht allein die §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuchs, Mord, Vergiftung, mit einer Höchststrafe von einem Jahre Gefängnis in Betracht, sondern außerdem § 110, öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Gefängnis bis zu zwei Jahren, § 129—24 Hausfriedensbruch, Gefängnis bis zu drei Monaten, § 126 Landfriedensbruch, Gefängnis nicht unter drei Monaten, § 126 Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, Gefängnis bis zu einem Jahre, § 127 bewaffnete Zusammenrottung, Gefängnis bis zu zwei Jahren, § 130 Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten, Gefängnis bis zu zwei Jahren, endlich die bekannten §§ 185—187 Beleidigung und Verleumdung, Gefängnis bis zu zwei Jahren, dazu treten dann natürlich noch die ganze Reihe von Paragraphen, die von Körperverletzungen u. s. w. handeln. Und wenn auch die That an sich die gleiche sein mag, so ist doch die Gestimmung, aus der freilebende Arbeiter gegen ihre fortarbeitenden Kameraden sich verzeihen, eine wesentlich andere, als diejenige, der die aufgehaltenen Straftathen sonst meist entgingen. Solidarität, Gemeingefühl, Genossenschaftsbewußtsein sind Grundlängen unserer ganzen gesellschaftlichen Lebens. Der Soldat, der Beamte, der Arzt, jeder Berufsstand hält es für seine höchste Ehre, sie zu wahren; wer gegen sie frevelnd verfährt, der sozialem Achtung, die ihn oft von Brot und Heimath treibt. Wir verdammen jeden Terrorismus bei Streiks, aber ehrlöser Bestimmung entpringt er nicht! Und gerade die soll doch das Zuchthaus treffen!

Und bedürfen denn die Arbeitswilligen einen Schutz ausschließlich vor streikenden Arbeitern? Wir wissen doch, daß schwarze Listen nichts seltenes sind und mit tödtlicher Sicherheit den geschicktesten Arbeitswilligen verfolgen. Es ist doch nicht neues, daß Entlohnungen von Arbeitern stattfinden, die trotz tüchtiger Leistungen sich wegen ihrer politischen Gesinnung mißlieblich gemacht haben. Arbeitgeberverbände sperren hunderte und tausende von schuldlosen Arbeitern aus, weil einige ihrer Genossen streiken. Und Unternehmer verhängen Boykotts über Kollegen, die nicht mit ihnen gehen. Wir haben noch nichts davon gehört, daß derartige Beschränkungen der persönlichen Freiheit von staatlichen Organen verfolgt worden sind. Das aber ist gerade der wundeste Punkt in der heutigen Sozialpolitik, daß sich in immer weiteren Kreisen die Ueberzeugung festsetzt, es herrsche ungleiches Maß und Gewicht in der Behandlung von Unternehmern und Arbeitern.“

Zum Stuttgarter Parteitage

Die Parteikonferenz für den Kreis Galbe-Ackerleben wünscht die Einbringung eines Gesetzentwurfes zum Schutze der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Parteigenossen in Hannover schlagen folgenden Zusatz zu § 7 des Organisationsstatuts vor: „Die Parteitage sind in geographisch möglichst günstig gelegenen Orten abzuhalten.“ Weiter wünschen sie, daß der nächste Parteitag in Hannover abgehalten werde. Die Magdeburger dagegen schlagen Magdeburg vor.

Partei-Nachrichten.

Der Sozialdemokratische Verein in Frankfurt a. M. beschloß mit großer Mehrheit die Vertheiligung an den nächsten Stadtverordneten-Wahlen.

Vollzeilliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Thiels in Kassel war vom Schöffengericht von der Anklage kostenlos freigesprochen worden, die dortige Polizeidirektion in einer Versammlungsrede dadurch beleidigt zu haben, daß er sagte: „Es ist ja nun einigermassen interessant, zu erfahren, daß die Polizei beigelommen ist, dem Stadtbau-Wirth den Vorkaufsrecht für heute Abend hier im Saale zu untersagen.“ Diese Angabe hatte sich zwar als unrichtig erweisen, denn das Verbot war von dem Wirth selbst ausgegangen, das Schöffengericht stellte sich aber auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte im guten Glauben handelte, als er jene an sich nicht beleidigende Äußerung that. Gegen dieses Urtheil legte die Anklagevertheiligung Berufung ein. Das Landgericht erkannte aber ebenfalls auf kostenloser Freisprechung; der Angeklagte habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

— Der Parteigenosse Dylong in Königshütte in Obersachsen hat es gewagt, einem Polizeibeamten in Deulitz, der ihn in einem Privatstübchen hinführte und nach verschiedenen Dingen ausfragte, zu sagen: Sie haben kein Recht dazu. Dadurch zog er sich einen Verleumdungsprozeß zu, der mit seiner Verurtheilung zu vier Tagen Gefängniß endete. Der Anklagevertheidiger hatte sogar sechs Wochen Gefängniß beantragt.

— Dem Vertheiler von sozialdemokratischen Flugblättern in den Straßen, das während der Reichstagswahl bekanntlich ohne Genehmigung der heiligen Hermandad vorgenommen werden kann, wollte man in Dresden durch die Anweisung der dort gültigen Verkehrsordnung ein Ende machen. Eine Anzahl Parteigenossen erhielten dieserhalb Strafmandate. Das Schöffengericht sprach sie natürlich frei und das Landgericht ebenfalls. Soweit sich noch nicht, daß ein Reichsgesetz durch eine lokale Verkehrsordnung außer Kraft gesetzt werden könnte.

Das Attentat.

Die Ueberführung der Leiche. Der Zug mit der Leiche der Kaiserin wurde auf österreichischem Boden überall mit Glorienkörnern empfangen. Heute früh gegen 1/2 Uhr traf derselbe in Innsbruck ein, wo der Statthalter, die Würdenträger und eine Ehrenkompagnie auf dem Bahnhofs-Auffstellung genommen hatten. Zahlreiche Kränze wurden niedergelegt. Ueberall erwartet eine große Volksmenge den Zug.

Verhaftungen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Genf: Die Zahl der Verhafteten beträgt bisher 18. Sechs Personen wurden in Lausanne, die übrigen in Genf festgenommen unter dem Verdacht, anarchistische Propaganda zu treiben. Am meisten kompromittirt ist ein gewisser Calucci, der eine halbe Stunde vor dem Attentat im Gespräch mit Luccheni gesehen wurde.

Das Justiz- und Polizeidepartement hat 15 Ausweisungsbefehle erlassen.

Aus Lausanne wird gemeldet: Der hier am Tage vor dem Attentat Luccheni's wegen Landstreicherei verhaftete Guaducci ist jetzt als gefährlicher Anarchist erkannt worden. Er hat mehrere Tage mit Luccheni zusammen gewohnt und man glaubt, daß er den Griff des Nordwerkzeugs Luccheni's angefertigt hat. Die Papiere, die man bei Guaducci gefunden hat, sind nicht sein Eigentum. Ein anderer hier verhafteter Anarchist, namens Barbetti, sieht gleichfalls stark in Verdacht, ein Komplize Luccheni's zu sein. Guaducci und Barbetti sind nach Genf geschafft worden.

Luccheni schrieb an den Präsidenten Ruffi einen Brief mit der Bitte, ihn in Luzern aburtheilen zu lassen, da in diesem Kantone die Todesstrafe noch besteht. Diesem Verlangen kann nicht stattgegeben werden, da dies gesetzwidrig wäre.

Ein Korrespondent des „Fr. Fr.“, der den Attentäter sehen durfte, beschreibt ihn folgendermaßen:

„Ich konnte nun den Verbrecher betrachten — eine gedrungene, mittelgroße Gestalt. Auf dem sehr breiten Halse sitzt ein starker Kopf. Die breiten Kinnbacken scheinen fast eine und dieselbe Linie mit dem Halse zu bilden, wodurch die Erscheinung noch gedrungener wird. Sein Gesicht ist fast gebildet. Eine stumpfe, breite Nase läßt das Gesicht abgeplattet erscheinen. Ein blonder, hartiger Schnurrbart bedeckt theilweise die Oberlippe. Er hat glänzende, graugrüne, tiefstehende Augen, aus welchen lebhafteste Mitleid schielte, während er spricht. Kräfte, nicht zu langer, harter Kopf. Seine Arme scheinen zu lang für diesen Körper; er agirt viel mit denselben, während er spricht. Die großen, großen Arbeiterhände fahren dabei lebhaft durch die Luft.“

Die Genfer Sozialisten. Aus Genf wird dem „Pester Lloyd“ telegraphirt: Aus hiesigen Arbeiterkreisen hört man nur laute Stimmen der Wuth über die That Luccheni's. Alle vermuthen sie als eine Verdrängung der anarchistischen Partei, die nur dazu diene, den Gesamtsittensbedingungen der Arbeiterorganisationen zu schaden. Die Führer der heiligen starken Sozialistenpartei haben alle an der Trauerkundgebung theilgenommen und erklären auf das bestimmteste, daß aus ihren Reihen jeder hinauszuwerfen werde, der sich zur anarchistischen Theorie bekenne. Die Schandthat werde auch ihrer Partei insoweit schaden, als die nunmehr geplante Initiative zur Abschaffung der politischen Polizei in der Schweiz ohne weiteres dahin fallen werde, da einem derartigen Vorgehen unter dem Druck der Ereignisse der jüngsten zwei Tage jede Unterstützung der Bürgerkreise verweigert würde. Am 20. Oktober sollte eine Delegirtenversammlung der Schweizer Arbeiterpartei über diese Frage beschließen; ein bejahender Entscheid sei aber heute unmöglich.

Preussische Landtagswahlen.

Der Wahlauftritt der freisinnigen Volkspartei

ist erschienen. Er schaut mehr pessimistisch auf die vergangene Landtagsession zurück als zukunftsroh in den Wahlkampf. Der eigentliche Grundton findet sich in jedem Absätze dieser Kundgebung, die das ständige Mädelchen des Liberalismus und das entsprechende Vordringen der Konserverativen in dem Dreiklassen-Parlamente eingeleitet. Im einzelnen befaßt sich der Wahlauftritt mit dem Vereins- und Versammlungsbegriff, dem Affektengesetz, den Gesetzen über die Landwirtschaft, Handelstammnen, der neuen Kommunalordnung für Hessen-Nassau, dem neuen Lehrerbefoldungsgesetz, der Vertheilung der Schullasten, dem Auerbrenntrecht, der Erhöhung der Jagdgebühren, den Eisenbahnen und Kanalfragen, der Verschönerung der Bienenzucht, den Beamtenbefoldungsgesetzen. Wir können uns genügen lassen, die folgenden Stellen aus dem Wahlauftritte wörtlich wiederzugeben:

„Trotz der großen Ueberschüsse der Staatsbahnen unterbleiben durchgreifende Tarifreformen. Die Eigenliebe einzelner Produktengruppen verbindet sich mit den fiskalischen Interessen, um die Verwässerung des Auerbrenntrechts zu verhindern. Die Konserverativen insbesondere stemmen sich gegen die Herabsetzung der Personentaxen, um den mindestbemittelten Klassen den Verkehr zu erschweren, insbesondere auch die Freizügigkeit einzuschränken.“

Die Häufung von Eisenbahn-Unfällen in der letzten Zeit hat einerseits unzureichende Personalverhältnisse im Betriebe dargelegt, andererseits erweist auf das Anzulängliche vieler Verkehrsanlagen gegenüber den gesteigerten Anforderungen der Jetztzeit hingewiesen. Zur Erleichterung des Verkehrs werden allerdings gegenwärtig große Kanalbauten geplant, aber die Konserverativen geben darauf aus, im agrarischen Sonderinteresse solche neue Verkehrsverbindungen ganz zu verhindern oder doch in ihrer Verwendung zu erschweren.“

In derselben Richtung ist auch wiederholt von konservativer Seite die Seuchengefahr zum Vorwand genommen worden, um weit über die auch von uns erklärte notwendige Abwehr solcher Gefahr

hinaus eine Absperrung der Grenzen gegen ausländisches Vieh zu fordern, durch welche die Fleischernährung großer Klassen der Bevölkerung verarmt wird. — Die großen Steuerlasten, welche das Reich und der Staat dem Volke auferlegen, lassen eine solche Politik immer unerträglicher erscheinen. Durch dieselbe werden insbesondere auch alle Klassen der Bevölkerung gehindert, welche wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf ein festes, vom Willen des Einzelnen unabhängiges Einkommen angewiesen sind.“

Die notwendige Aufbesserung der Besoldung der Staatsbeamten ist trotz reicher, dafür vorhandener Mittel für große Klassen noch nicht zum Abschluß gekommen. Auch erheischen die erhöhten Mietzpreise in manchen Richtungen eine andere Gestaltung des Wohnungsgeldzuschusses. Nachdem die Pensionsverhältnisse und die Renteversorgung der Staatsbeamten wesentlich verbessert sind, ist eine gleiche Versorgung der Gemeindebeamten und den Volksschullehrern durch Gesetz zu gewährleisten.“

Die Staatsbetriebe entbehren in der Fürsorge für die in denselben thätigen Arbeiter noch vielfach des Charakters sozialer Musteranstalten.“

Weit über Vorstehendes hinaus erwidern sich entsprechend unserem Parteiprogramm von 1894 unsere Ziele in Bezug auf die freiheitliche Ausgestaltung des Staatswesens, insbesondere auch des Kommunalrechts und des Unterrichtswezens. In dessen das geltende Landtags-Wahlrecht ermöglicht unter den zur Zeit obwaltenden Verhältnissen nicht eine Zusammenlegung des Abgeordnetenhaus herbeizuführen, stark genug, um eine widerstrebende Regierung auf liberale Bahnen in unserer Sinne zu führen. Das Landtagswahlrecht, welches schon vor länger als dreißig Jahren der damals leitende Staatsmann als das edelste aller bestehenden Wahlrechte bezeichnet, ist noch widersinniger geworden infolge der künstlichen Ausgestaltungen, mit welchen man vergeblich die plutokratischen Einwirkungen der neuen Steuergeetze auf die Dreiklasseneintheilung auszugleichen suchte. Dazu kommt eine höchst ungerechte Vertheilung der Abgeordnetenzahl, welche in keiner Weise Rechnung trägt der Entfaltung der industriellen Bezirke und der Großstädte seit der vor länger als 80 Jahren erfolgten Bildung der Wahlkreise.“

Aber was verhält sich dies alles? Im politischen Leben darf auch das unvollkommenste Werkzeug nicht verächtlich werden, wenn taugliche Mittel nicht verfügbar sind. Trotz aller Mängel des Wahlrechts würden die konservativen Parteien im Abgeordnetenhaus nicht jene gefährliche Stärke erlangen haben, wenn nicht die seitliche geringe Wahlbetheiligung in vielen Bezirken das Wahlergebnis in die Hand weniger mit der Behörden-Organisation verfolgter Kreise gelegt hätte.“

Die großen Gefahren für die Entwicklung des Staatswesens, welche bei den Neuwahlen die Möglichkeit einer konservativen Mehrheit des Abgeordnetenhaus in sich birgt, müssen allenfalls aufzuheben, die Wahl von Abgeordneten vorzubereiten und durchzuführen, welche Vürgschaft leisten gegen weitere Rückschritte der Gesetzgebung, insbesondere gegen weitere Verkümmern der Volksrechte und Volksherrschaften.“

Darum Ihr Wähler in Stadt und Land, tretet mit aller Kraft ein für die Wahl von Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei. Wo jedoch im Lande unsere Freunde für sich allein nicht stark genug sind, die Wahl von Parteigenossen zu sichern, mögen sie sich dazu rechtzeitig mit solchen Parteien verbünden, welche Gewähr leisten, wenigstens in der Abwehr gegen die konservativen Parteien mit uns zusammenzustehen.“

Der Wahlauftritt der freisinnigen Volkspartei ist offenkundig auf die Unterstützung durch die Arbeiter zugeschnitten. Soweit im Rahmen des menschlichen und kapitalistischen Programms der Partei sozialpolitische Verbesserungen möglich sind, finden sie sich in dem Wahlauftritt, freilich in völlig unverbindlicher Form. Die freisinnige Volkspartei hat oft genug in Worten kräftig gesprochen, nachher aber nicht entsprechend gehandelt. Wir wollen abwarten, ob sie sich diesmal besser halten wird.“

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Wiesbaden beschloß auf Antrag der Genossen Dr. Quard und Müller, den Parteigenossen aller beihiligten Landtagswahlkreise angesichts des drohenden Zuchtbandgeetzes energische Theilnahme zu empfehlen und überall, wo eigene Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, von vornherein für die freisinnigen Wahlmänner einzutreten.“

Der Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen nahm mit allen gegen 1 Stimme folgenden Antrag Lüjensau's und Gewehr's an: „Der Parteitag hält die Landtags-Wahlbetheiligung, wo sie irgend Erfolg verspricht, für geboten und erwidert den Stuttgarter Parteitag, den Mittagsigen Jnsatz zum Hamburger Beschlusse zu streichen.“

Eine Parteiversammlung des Kreises Düsseldorf lehnte mit großer Mehrheit die Vertheiligung an der Landtagswahl ab, da „bei einer selbständigen Vertheiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen nicht erreicht werden kann, die Unterstützung der bürgerlichen und Oppositionsparteien aber aus tatsächlichen und prinzipiellen Gründen nicht angebracht ist.“

Der Referent Bessel hatte sich für die Nichtbetheiligung noch aus folgenden Gründen ausgesprochen: „Die Parteien, womit man in Düsseldorf rechnen müsse, Centrum und Nationalliberale, animirten wahrlich nicht zu einer Vertheiligung. Das Centrum sitze hier so fest im Sattel, daß unter dem bei den Landtagswahlen obwaltenden Wahlmodus an eine Verdrängung unserer Gegner nicht zu denken sei. Auch sei sicher anzunehmen, daß infolge des schlechten Wahlsystems nur ein winziger Bruchtheil Wahlberechtigter wählen werde.“

Die Parteikonferenz des pommerischen Kreises Randow-Greifenhagen beschloß, so weit es möglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen und im übrigen die Oppositionsparteien thätig zu unterstützen. Der Referent, Herbert aus Stettin, hatte für die Vertheiligung u. a. folgenden Grund angeführt: „Die Denkschriftliche Rede des Kaisers haben noch schwankenden Genossen gezeigt, welchen Weg sie in der Frage der Vertheiligung an den Landtagswahlen zu gehen haben. Zwar würde die angekündigte Vorlage zuerst dem Reichstoge vorgelegt werden müssen; aber wenn sie dort abgelehnt werde, sei es sehr wahrscheinlich, daß die preussische Regierung ihre Absichten im Landtage durchführen werde.“

In Schwiebus entschied sich eine Parteiversammlung über die Frage der Vertheiligung wie folgt: „Da es den Verhältnissen am hiesigen Orte nicht angemessen erscheint, eigene Wahlmänner aufzustellen, so wird es den Genossen im hiesigen Wahlkreise überlassen, ob sie sich an den Wahlen betheiligen wollen oder nicht, eventuell für den freisinnigen einzutreten.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr.

Zur heutigen Tagesordnung ist von den Stadtv. Goldschmidt und Genossen (Reue Fraktion der Linken) der dringliche Antrag eingebracht worden, den Magistrat zu ersuchen, den Beginn der Wahlmänner-Wahlen für die bevorstehende Landtagswahl auf nachmittags 6 Uhr anzusetzen. Ferner liegt der Antrag Rosenow vor:

„den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, weshalb der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. Dezember 1897 wegen Errichtung einer Umfassungsmauer und eines Eingangsthores am Friedhof der Märgefallen im Friedriehshain immer noch nicht ausgeführt ist.“

In den Ausschüß für die Vorlage, betr. das Vermächtniß des Prof. Baron sind u. a. die Stadtv. Singer und Zolls-

dorf, in denselben zur Vorberathung der Neuwahl von 8 unbesetzten Stadträthen, sowie des Kammerers Stadtv. Singer und Borgmann deputirt.

Da vor der Sitzung 6 Ausschüßwahlen zu vollziehen sind, beginnen die Verhandlungen des Plenums erst nach 5 1/2 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langemann eröffnet dieselben mit einer Ansprache, in der er dem Antheil über das scheinliche Verbrechen, dem die Kaiserin von Oesterreich zum Opfer gefallen, namens der Versammlung Ausdruck giebt. Der Bürgermeister und der Vorsteher haben gemeinsame Beileidtelegramme an die Magistrate von Wien und Budapest gesandt, von letzterem auch bereits eine Erwiderung erhalten.

Der Dringlichkeit für den Antrag betreffend die Wahlzeit für die Wahlmännerwahlen widerspricht Stadtv. Dr. Schwalbe; es finden sich nämlich auch noch 14 Kollegen, jedoch die geschäftsordnungsmäßige Zahl vorhanden ist, um die Verhandlung für heute zu verhindern, nämlich die Stadtv. Spinola, B. Gerde, Siebert, Wiese, Rast, Alt, Baumann, Lieberman, Louis Sachs, Liebenow, Kleefeld, Schmeißer, Meriens und Gerstberg.

An stelle des verstorbenen Stadtv. Prof. Leo wählt die Versammlung in die Sanitätskommission den Stadtv. Louis Sachs.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag Deter, betr. die elektrische Hochbahn. Der Magistrat soll ersucht werden, mit der Firma Siemens u. Halske dahin in Unterhandlung zu treten, daß die elektrische Hochbahn möglichst vom Dennewitzplatz in eine Unterpflasterbahn zum Anschluß an die auf Charlottenburger Gebiet, ebenfalls in eine Unterpflasterbahn umzuändernde Bahnanlage, umgewandelt werde.“

Von den Stadtv. Kreitzing und Gen. wird beantragt, den Antrag dahin zu erweitern, daß die Hochbahn schon vom Halle'schen Thor ab in eine Unterpflasterbahn verwandelt werde.

Stadtv. Schwalbe wünscht Ueberweisung an die Verkehrsdeputation.

Antragsteller Stadtv. Deter bezeichnet die Hochbahn, soweit sie fertiggestellt ist, als ein Monstrum, welches die Stadt verunstaltet und das er am liebsten wieder abbrennen würde. (Zustimmung.) Die Bahn entwerthe die Grundstücke der Anwohner ganz erheblich. Ausschüßberathung sei schon wegen der Rücksicht auf die Kostenfrage unumgänglich.

Stadtbaurath Krause: Der Magistrat hat auf die architektonische Gestaltung der Anlage keinen Einfluß gehabt. Der Anlage einer Unterpflasterbahn in der Wilmowsstraße hat sich die Firma Siemens und Halske nicht genügt gezeigt, auch nachdem schon die Anlage der Bahn aus solche vom Kolonnenplatz auf Veranlassung Charlottenburgs beschloffen war. Später hat sie die von der Potsdamerstraße ab auszuführen bereit erklärt. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange. So einfach ist die Sache nicht. Soll die Bahn von der Lutherkirche an fallen, so werde die dort existierende Kampe die Nordseite der Wilmowsstraße, die Mühlenthal- und Steinmehrfstraße sperren, auch einen sehr schlechten Kubik bieten. Die ideale Lösung wäre, die Kampe auf das Terrain des Potsdamer Sickerbahnhofes zu verlegen, aber die Ausschüßbarkeit dieses Gedankens sieht wegen der ablehnenden Haltung der Eisenbahnbehörde sehr dahin. (Beifall.)

Stadtv. Schwalbe hält für ausgemacht, daß nach den Erfahrungen mit diesem Bau ähnliche Projekte für Berlin wohl nicht sobald wieder genehmigt werden, und empfiehlt des Kostenpunktes und der technischen Fragen wegen die Berathung in der Verkehrs-Deputation.

Stadtv. Singer: Für uns, die wir damals gegen das Projekt gestimmt haben, sind die heutigen Anträge eine Genugthuung. Wir haben damals nicht bloß die Konzession einer Privatgesellschaft auf 90 Jahre belämpft, sondern waren uns schon damals über die heute geringen Mißstände klar, insbesondere über die durch die Bahn bewirkte Verunstaltung des Straßenbildes. Die Anträge erinnern aber doch etwas an die Politik des heiligen Hieronimus: mögen die anderen Häuser brennen, wenn nur das eigene geschützt wird! Schon haben die Antragsteller Nachfolger aus dem Südwesten gefunden, und es wäre sehr leicht, auch aus dem Südosten, wo dieses Ding bereits in voller Schönheit prangt, Anträge auf Abbruch der Bahn zu beschaffen. (Heiterkeit.)

Die Antragsteller gehen von der richtigen Ansicht aus, daß ihre Grundstücke entwerthet werden, und sie wollen die Fortsetzung des Hochbahnbauens verhindern, selbst wenn Siemens und Halske dafür entschädigt werden müssen, daß keine Hochbahn gebaut wird. Wollen sie nun diese Entschädigung aus eigener Tasche bezahlen oder dem Südosten, der die Bahn behalten muß, auch noch diese Entschädigung aufzulegen? (Heiterkeit.) Der Antrag Schwalbe hat prinzipielle Bedenken. Die Versammlung ist nicht befugt, einer Verwaltungsdeputation Aufträge zu erteilen; der Beschlusse würde also nicht auf dem Boden der Geschäftsordnung und der Städte-Ordnung stehen. Für Ausschüßberathung ist die Sache noch nicht genügend vorbereitet. Die Sache ist ja im Fluß; mit dieser Erklärung könnte sich die Versammlung vorderhand zufrieden geben. Möchte der Magistrat aus dem Verlaufe der Sache wenigstens die Lehre ziehen, in der Folge uns mit Vorlagen wie diese zu versehen.“

Stadtv. Meyer stellt gar kein geschäftsordnungsmäßiges Bedenken, den Antrag in gemischter Deputation zu verhandeln, und tritt den bezüglichen Ausführungen Singer's entgegen.

Bürgermeister Krüger bestatigt dagegen die Richtigkeit der Ausführungen des Stadtv. Singer, die Verkehrsdeputation sei seine gemischte, sondern eine Verwaltungsdeputation, die vom Magistrat reskriert. Der Antrag Schwalbe wäre also wenigstens formell dahin zu ändern, daß die Versammlung den Magistrat „ersucht“, Material werde natürlich die Verkehrsdeputation mit der Sache beschaft werden; er könne das als Vorstehender derselben schon jetzt erklären.“

Zur Geschäftsordnung bittet Stadtv. Singer unter allgemeiner Heiterkeit den Stadtv. Meyer, es nicht anbelinden zu finden, wenn er ihn nachher widerlegen wolle.

Nachdem Stadtv. Schwalbe der Anregung des Bürgermeisters nachgegeben ist und Stadtv. Esmanu noch den Zusatzantrag empfohlen hat, wird nach dem modifizirten Antrage Schwalbe beschloffen.

Von den Stadtv. Kalisch u. Gen. ist am 6. d. M. folgender Antrag eingebracht worden:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, sogleich mit ihr in gemischter Deputation zu berathen, welche Schritte zu unternehmen sind, um der gegenwärtig schwer auf Berlin Bevölkerung lastenden Fleischtheuerung wirksam entgegenzutreten.“

Stadtv. Kalisch nimmt in seiner Begründung auf die „Waisische Zeitung“ Bezug, welche dargelegt habe, daß die früheren Fleischtheuerungen immer nur kurze Zeit angehalten hätten, während jetzt eine fortwauernde ungerechtfertigte Steigerung vorliege, deren Ende noch garr nicht abzusehen sei. Bekanntlich könne die heimische Landwirtschaft allein den deutschen Markt nicht versorgen. Die Steigerung der Preise rühre her von den Grenzperren. Trotzdem in Holland seit Jahr und Tag kein Seuchenfall aufgetreten, trotzdem in Dänemark der Viehstand viel gesunder als der unsrige, trotzdem Preußen und Oesterreich alles thun, um nur gefundes Vieh zu exportieren, werde die Viehperre aufrecht erhalten und mit dem Einfuhrverbot gegen die Schweiz die chinesische Mauer vollendet. Die Preise seien zu einer Katastrophe geworden. Auch das minderwerthigste Vieh finde heute keine Abnehmer. Die Landwirthe seien jetzt ohne Konkurrenz und es bestehe die große Gefahr, daß wir nur noch minderwerthiges Vieh hierher bekommen. Am drückendsten sei die Steigerung beim Schweinefleisch, dem Fleischnahrungsmittel der armeren Klassen, aufgetreten. Es sei nöthig, diese Mißstände dem Reichskanzler klarzulegen und man werde dort schließlich doch auch wohl Behör finden. Jedenfalls sei es die Pflicht der Versammlung, einen solchen Schritt zu thun. (Beifall.)

Stadtv. Karl Goldschmidt: Die Fleischpreise sind bereits so hoch, daß sie von den Kleingewerbetreibenden, den Kleinen

Geschäftsleuten, den Beamten und den Arbeitern nicht mehr erschwingen werden können. Dafür florieren die Hochschlächtereien. Bedroht ist ferner durch diese Fleischerzeugung die Junge erklärt ihre Mitglieder als dadurch in ihrer Existenz gefährdet. Die Spermafrage brauchten nicht zum völligen Verbot ausgesprochen zu werden, denn die sofortige Abschaffung des eingeführten Viehes in den Schlachthäusern der Großstädte schießt jede Seuchengefahr aus. Aber darum ist es den Agrariern ja auch gar nicht zu thun. Nehmen Sie unsern Antrag an!

Stadt. Singer: Wir werden dem Antrage zustimmen, aber ohne die Hoffnung zu theilen, daß damit etwas Wesentliches erreicht werden würde. Die Mittel der Abhilfe will der Antragsteller der Deputation anständig zu machen überlassen. Ein wirksames Abhilfemittel giebt es, aber dem stimmen Sie nicht zu; wollen Sie Berlin mit billigen Brod und Fleisch versehen, so errichten Sie Gemeindefleischerereien und Gemeindefleischereien (Widerpruch und Zwischenruf) — ich will Ihnen bloß vor Augen führen, daß mit einer Petition an den Reichs-Landtag, und das ist doch das Höchste, was aus der Deputation herauskommen kann, ihre Wünsche kaum erfüllt werden dürften. Wenn Sie den Viehhof mit seinen enormen Kosten nach dieser Richtung erweitern, werden Sie die Möglichkeit dazu haben. (Zuruf.) Ja, womit auch die Grenzsperrung nicht aufgehoben ist, so arbeitet doch ein Gemeindefleischer, der nicht darauf angewiesen ist, möglichst viel Geld herauszuschlagen, immer noch billiger, als ein Privatbetrieb. In einer Zeit, wo die Bestrebungen der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, mit Juchthaus bedroht werden, wo andererseits eine bestimmte Klasse, die Großrentner, in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen geschäftigt wird, wo das gesammte wirtschaftliche Leben Deutschlands in der That von der Regierung zugegriffen wird auf die Befriedigung der kleinen, aber mächtigen Partei der Junker, soll man sich nicht selbst Scheitern vorbinden und von solchen Anträgen etwas erhoffen. Zweifellos ist eine Fleischerzeugung eingetreten; speziell für das Schweinefleisch ist der Preis außerordentlich gestiegen. Man könnte, wollte man frivolo sein, sagen, den Preis für das Schweinefleisch können nur noch die reichen Juden bezahlen. (Große Heiterkeit.) Gegen 1897 sind im Laufe des Jahres 1898 sämtliche Fleischsorten im Preise gestiegen, darunter das Schweinefleisch der billigsten Qualität um 10 pCt. Nach amtlichen statistischen Quellen sind von 1895 bis 1898 die Preise zahlreicher Nahrungsmittel und des Fleisches fast konstant gestiegen, so für 100 Kilogramm Rindfleisch von 100 auf 112 M.; ähnlich beim Schweinefleisch. Der Preis für Schweinefleisch hat erheblich zugenommen, und die Statistik weist u. a. noch nach, daß in Chemnitz infolge der theuren Fleischpreise der Verbrauch an Hundefleisch gestiegen ist und dieses mehrfach zur Ernährung von Menschen benutzt worden ist. (Bewegung.) In den letzten Tagen haben die Fleischer vielfach öffentlich erklärt, keinen Rabatt mehr geben zu können; andere sind mit der Preiserhöhung vorgegangen. Die Fleischerzeugung ist also da. Daß aber Petitionarien das richtige Abhilfemittel sei, sollten Sie doch nicht sich den Anschein geben, zu glauben. Wäre das Vertrauen vorhanden zu den Stellen, an die Sie gehen wollen, so hätten wir den Antrag gestellt. Wir haben ihn nicht gestellt, weil wir nicht nutzlose Anträge stellen wollen. (Auf: Aha!) Wollen Sie dem Volke billiges Fleisch geben, dann sorgen Sie dafür, daß der Reichstag anders zusammengeführt wird. Die Entscheidung in dieser Frage liegt bei der Reichsregierung, die muß aufhören, sich lediglich die Versorgung einer raffigierten Junkerklasse angelegen sein zu lassen. (Beifall.)

Der Antrag Kallisch wird darauf einstimmig angenommen. Die Siegesallee soll nach ihrer Umgestaltung mit elektrischem Gaslicht beleuchtet werden. Die Gasdeputation hatte die Renauplanung von Gasglühlicht-Randelaternen geplant, wogegen aber die königliche Thiergarten-Verwaltung Einspruch erhoben hat, weil den Lindenbäumen durch die vermehrten Gasausströmungen Schaden zugefügt und andererseits eine genügende Beleuchtung der Standbilder der brandenburgischen Fürsten nicht erreicht werden würde. Der Magistrat hat den letzteren Einwand als durchaus begründet anerkannt; nach seiner Ansicht wird die Straße nach vollständiger Aufstellung der Denkmäler eine Straße von monumentaler Bedeutung sein, deren Schönheit durch einfache Gasglühlicht-Beleuchtung stark beeinträchtigt werden würde. Ausreichend und würdig erscheint dem Magistrat daher nur die elektrische Beleuchtung; von der Wahl glänzender opalizirender Glasröhren verzieht er sich noch besonders eine recht befriedigende Wirkung. Im ganzen sollen 26 Vogenlampen zu je 10 Ampere Stromstärke nach Maßgabe des Fortschreitens der Denkmäler-Aufstellung zur Aufstellung gelangen. Die Anlagelosten werden auf ca. 17 000, die jährlichen Betriebskosten bei halbnächtiger Brenndauer auf ca. 9600 M. berechnet. Stadt. Illstein begründet den Antrag auf Ausschüßberathung. Es sei ein Unikum, daß eine Straße mit so geringem Verkehre und nur für die Fußwege elektrisch beleuchtet werden soll. Bei bloß halbnächtiger Beleuchtung würden die Fußwege von Mitternacht ab im Dunkel liegen. Das Projekt sei also so wie vorgelegt nicht akzeptabel.

Stadt. Louis Sachs stellt diesem Antrage bei, will aber im Ausschüß den Magistrat ganz besonders darauf hinweisen, daß noch eine Reihe von Straßen mit viel erheblicherem Verkehre der elektrischen Beleuchtung nicht theilhaftig geworden seien. Der Antrag Illstein wird darauf angenommen. Der Finanzminister und der Minister des Innern haben die staatliche Genehmigung der 60 Millionen Anleihe von der Erhöhung des Tilgungssatzes von 1/2 auf 2 pCt. abhängig gemacht. Der Magistrat will sich dieser Forderung fügen und sucht auch bei der Versammlung um ihre Zustimmung nach, welche ohne Debatte erteilt wird. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Gemeinde-Einkommensteuer hat im Jahre 1897/98 die Summe von 24 365 894,98 M. gebracht, während der Etat nur eine Einnahme von 22 820 000 M. vorsah. In Zugang wurden gesetzt 2 708 092,74 M., was sich daraus ergibt, daß nachträglich bei den Steuerpflichtigen mit Einkommen über 3000 M., bei juristischen Personen, dem Fiskus zc. in zahlreichen Fällen höhere Veranlagungen infolge Veranlagung der Deklaration zc. stattgefunden haben. In Abgang gestellt wurden 1 104 220,74 M. Diese Summe setzt sich zusammen aus 691 762,75 M. Abgehungen wegen Nichtverpflichtung der Zensiten bezw. infolge von begründeten gehendungen Befreiungen, sowie aus 408 644,06 M., welche nicht beizutreiben waren. Insgesamt kamen ein von den Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 600—900 M. (75 pCt. des Steuer-Solls) rund 554 250 M., von mehr als 900—3000 M. gleich 3 235 500 M., von über 3000 M. = 15 191 350 M., von juristischen Personen = 4 472 350 M., von Militärpersonen = 88 450 M. und von Forenen = 824 000 M., zusammen rund 24 365 900 M. Die Reste aus den von der Staatsverwaltung noch rechtzeitig eingegangenen Nachtragslisten betragen 181 713 M. Diefelben waren zum größten Theil infolge wiederholten Bezuges, theils aber wegen begründeter Einsprüche der Zensiten sowie infolge Bewilligung von Stundungen bis zum Rechnungsabschluss nicht zu erledigen. Hierzu treten weitere 128 858 M. aus Nachtragslisten, welche erst Mitte April beziehungsweise anfangs Mai überwiesen worden sind und deshalb für 1897/98 nicht mehr zur Einziehung gelangen konnten. Die Umlagesteuer sollte etatsmäßig 2 395 200 Mark bringen, es gingen aber nur 1 895 744,84 M. ein, der Rest mußte abgelegt werden. Vermuthlich hat hierbei das neue Gerichtsverfassungsgesetz vom 25. Juni 1895 mitgewirkt, indem die Entgegennahme von Auflassungen bezw. Eintragungen der neuen Eigentümer im Grundbuche vom Gericht auf Grund des § 57 dieses Gesetzes jetzt in fast allen Fällen von der vorgängigen Verständigung der Kosten und des Stempels abhängig gemacht wird, wodurch Verkaufsgeschäfte gegen früher erheblich erschwert werden.

In der am Mittwoch unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner stattgehabten Sitzung der städtischen Schul-Deputation referierte der Stadt-Schulrath Vertam über die Eröffnung von Lebensklassen für schwachjüngere Kinder. Es wurde beschlossen, zunächst 22 Klassen für solche zu eröffnen. — In dem beabsichtigten Erweiterungsbau der Weberschule sollte ein Grundstück der 155./56. Gemeindefläche in der Martinsstraße hergegeben werden. Die Schul-Deputation hat den diesbezüglichen Antrag abgelehnt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Vergolde! Die Vererberer Berlins sind bei den Fabrikanten wegen einer Lohnerhöhung vorstellig geworden. Wir fordern deshalb die Vererberer auf, in den Werkstätten, wo die neuen Preise dem Chef noch nicht unterbreitet wurden, dies sofort zu thun und dann der Kommission Beiseid zuzulassen zu lassen. — Alle Briefe und Anfragen sind an E. Lange, Zeughofstr. 22, zu richten.

Zum internationalen Glasarbeiter-Kongress. Der Zutritt zu den Verhandlungen des am Sonntag, den 18. September, in Berlin im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, stattfindenden Glasarbeiter-Kongresses ist nur mit Einzahlungen gestattet. Dieselben sind auf dem Gewerkschaftsbureau, Amenstr. 16, und bei Oskar Vöck, Schwimmendstr. 120, v. III, zu haben. Die Eröffnung des Kongresses erfolgt um 1 Uhr.

Deutsches Reich.

In der Schuhfabrik von Reichel in Frankfurt a. O. sind Differenzen ausgebrochen. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die Absperrung der Magdeburger Banarbeiter ist beendet. Am Mittwoch Abend nahm eine von 1000 Personen besuchte Versammlung der Banarbeiter die von den Arbeitgebern und Arbeitervertretern unter Vorsitz des Bürgermeisters Schneider getroffenen Vereinbarungen an. Der Beschluß, Donnerstag die Arbeit aufzunehmen, wurde mit allen gegen einige Stimmen angenommen.

Die Maurer am Hofenbau in Torgau haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern 45 Pf. Stundenlohn.

Buchhandlungsgehilfen in Sachsen beschloßen auf ihrer Landeshauptversammlung in Leipzig, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine Regelung der Arbeitszeit (das heißt Festsetzung einer Höchstdauer von Reichstagen und zur Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses) einzutreten.“ Der Zentralvorstand soll eine Petition vorbereiten und dahin wirken, daß die Ortsgruppen sich wenigstens den Petitionen der kaufmännischen Vereine anschließen.

In Nürnberg haben die Hilfsarbeiter im Handels- und Transportgewerbe (etwa 250 Mann) die Arbeit niedergelegt, da die Unternehmer ihre bescheidenen Forderungen zurückwiesen. Nur wenige Arbeiter haben sich von dem Streik ausgegeschlossen.

Bei der Wollweberei-Aktiengesellschaft W. Glabach reichten 130 Weber ihre Kündigung ein wegen eines Zwiespalts zwischen der Firma und einem Unternehmer.

Die Arbeiter-Beiräte der Gewerbegebiete in der Pfalz berufen zum 2. Oktober d. J. eine Konferenz nach Landrecht. Auf der Tagesordnung steht: 1. Zur Kompetenz der Gewerbegebiete (s. Nr. 6 des „Gewerbeblattes“); 2. Obligatorische Anerkennung der Gewerbegebiete als Einigungsämter bei Arbeitseinstellungen; 3. Erweiterung der Kompetenz der Gewerbegebiete auf die Dienstboten; 4. Die Innungsschiedsgerichte.

Wie leicht Streiks entstehen, wie leicht sie aber auch vermieden werden können, zeigt folgender Vorfall. Auf der Reupatzemsa-Grube in Brzegunia war den Häutern wiederholt bei der Lohnzahlung eine halbe Schicht gekürzt worden, angeblich, weil sie eine gewisse Mindestleistung nicht erreicht hatten. Die Arbeiter forderten die Zahlung der halben Schichten, die Grubenbeamten gaben nicht nach und es drohte ein Ausstand. Als jedoch der Generaldirektor Williger durch eine Deputation der Arbeiter von der Sache erfuhr, verbot er die Kürzung der Schichten und dem Ausstand war vorgebeugt.

Ausland.

Unter den Handschuharbeitern in Kopenhagen ist ein Streik ausgebrochen. Der 20 Fabriken mit 134 Arbeitern umfaßt. Auch in der Provinz dürfte sich der Streik fortzuziehen. Der Handschuharbeiter-Verband hatte eine Lohnerhöhung für die Fußschneider verlangt, die die Fabrikanten nicht bewilligen wollten.

Die bei den Arbeiten für die Pariser Weltausstellung und die Stadtbahn sowie bei den Kleindenken beschäftigten Erdarbeiter und Zimmerleute beschloßen, weil ihnen eine Lohnerhöhung verweigert wurde, in den Ausstand zu treten. Die Zahl der Ausständigen wird auf 7000 Mann geschätzt.

Soziales.

Die Welmarer Jahres-Versammlung des Zentralverbandes der deutschen Orts-Krankenkassen hat u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

Anträge zum Krankenversicherungs-Gesetz. § 1: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das Hausgebinde, Handlungsgeliebte ohne jegliche Beschränkung, auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, auf die im Dienste des Staats beschäftigten Personen (Schreiber bei den Gerichten und Landräthen). § 6 Abs. 2 Ziffer 1 ist hinter dem Worte „Bruchbänder und“ das Wort „ähnliche“ zu streichen und dafür zu setzen: „Heilmittel, welche zur Wiederherstellung bezw. Erhaltung der Erwerbsfähigkeit notwendig sind.“ § 49: Die Haftbarkeit der Arbeitgeber auch auf solche Fälle auszu dehnen, wo infolge verspäteter Abmeldung seitens der Arbeitgeber der Rasse Anfordungen erwachsen sind.

Ferner wurde beschlossen, daß der Zentralverband die Einführung von Kontrollbestimmungen im Krankenversicherungs-Gesetz anstreben solle, wie solche im Unfallversicherungs-Gesetz und im Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz bereits vorhanden sind, sowie daß die Delegierten des Zentralverbandes auf Auslösung und Verschmelzung bestehender Berufs-Orts-Krankenkassen in gemeinsame Orts-Krankenkassen hinwirken möchten.

Antrag zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz: Dem § 12 als neuen Absatz beizufügen: Die Versicherungsanstalt ist verpflichtet, das Heilverfahren auf Antrag des Krankenkassenvorstandes zu übernehmen, sofern der letztere durch Mittel des Kassennetzes und Befähigung desselben durch den Vertrauensarzt der Invaliden-Ver Versicherungsanstalt den Nachweis führt, daß infolge der Krankheit längere oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist, welche einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente begründet.

Antrag zum Unfallversicherungs-Gesetz: Den §§ 54 und 55 hinzuzufügen: Dem Bevollmächtigten der Krankenkasse sowie den Zeugen, welche bei der Untersuchung eines Unfalls theilgenommen haben, wird nach dem durch das Genossenschaftsinstitut zu bestimmenden Sägen für den entgangenen Arbeitsverdienst Ertrag geleistet. Die Festsetzung erfolgt durch die Orts-Polizeibehörde.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach das ganze Versicherungswejen (wie Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) zentralisiert werden soll; dergleichen wurde ein Vorschlag zu Gunsten der Verstaatlichung der Apotheken gefaßt. Zunächst soll jedoch das Vorrecht der Apotheker aufgehoben und den Krankenkassen das Recht gewährt werden, Apotheken auf eigene Rechnung zu errichten.

Die ministeriellen Erlasse über die Anstellung und Entlassung der Beamten der Orts-Krankenkassen, insbesondere der vom 28. Mai d. J. datirte Erlass des preussischen Handelsministers, wurden von der Versammlung als eine Einschränkung in die Rechte der Kassenvorstände mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Beschlossen wurde noch, daß das Reichs-Versicherungsamt und die Fraktionen des Reichstags ersucht werden sollen, zu den nächsten

Verhandlungen des Zentralverbandes der deutschen Orts-Krankenkassen Delegirte zu entsenden.

Invaliditäts- und Altersversicherung. Von dem im Jahre 1897 insgesamt auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes gezahlten 55 Mill. Mark Renten sind 27,6 Millionen Alters- und 27,4 Millionen Invalidenrenten gewesen. Die Höhe der letzteren hatte sich schon im vorigen Jahre derjenigen der Altersrenten genähert. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des laufenden Jahres ist anzunehmen, daß im Jahre 1898 die Invalidenrenten die Altersrenten beträchtlich überlegen werden. Es hat also, da das Invaliditäts- und Altersversicherungs-gesetz am 1. Januar 1891 in Kraft getreten ist, nicht volle acht Jahre bedurft, um die Aussicht zu befähigen, daß das Hauptgewicht bei dem genannten Gesetze auf die Invaliditäts- und nicht auf die Altersversicherung zu legen ist.

Der städtische Arbeitsnachweis zu Frankfurt a. O. hat nach einem Bericht seines Vorsitzenden in der Zeit vom 1. Juli 1897 bis Ultimo Juni 1898 eine nicht unwesentliche Steigerung seiner Thätigkeit zu verzeichnen gehabt. Es meldeten sich 5579 (im Vorjahre 3331) Arbeitsuchende. Offene Stellen waren 6595 (4915) gemeldet. Befehigt wurden 3365 (1937) Stellen. Unter den Arbeitsuchenden waren die ungelerten Arbeiter am stärksten vertreten. Von Handwerkern wurden am meisten verlangt: Tischler, Schuhmacher, Schneider, Schlosser, Schmiede. Weniger begehrt wurden dagegen: Sattler, Stellmacher, Wäcker, Klempner, Dachdecker, Buchbinder, Müller, Maler, Töpfer, Kellner. Die ausgeschriebenen Stellen für ländliche Betriebe, Flegeln und dergleichen wurden von den Arbeitsuchenden meist abgelehnt. Wie der Bericht bemerkt, ist dies eine Erscheinung, die man bei allen Arbeitsnachweisen beobachtet hat. Die Nachfrage nach geleerten oder besonders intelligenten ungelerten Arbeitern war meist größer als das Angebot. Lehrlinge verschiedener Verufe wurden vielfach verlangt. Konnten aber nur selten nachgewiesen werden. Schlosserlehrlinge dagegen wurden häufig angeboten, aber selten verlangt. Für Arbeitsburschen in Fabriken waren fast immer offene Stellen vorhanden. Die Nachfrage nach jüngeren Arbeiterinnen und Lehrlinginnen konnte nicht voll befriedigt werden. Auch an Aufwartemädchen machte sich ein Mangel bemerkbar. Dagegen wurden ältere weibliche Arbeitskräfte, sowie verheiratete Frauen weniger begehrt. Von den gemeldeten Stellen für männliche Diensthöten konnten nur die Hälfte, von denen für weibliche Diensthöten kaum der vierte Theil befehigt werden, weil die Diensthöten, namentlich die weiblichen, es vorziehen, allem Herkommen gemäß sich an gewerksmäßige Stellenvermittler zu wenden, oder in Zeitungen inserirte Stellen aufzuziehen. Die Gesamtzahl der befehigten Stellen ist den vor-gemernten Anmeldungen gegenüber bedeutend höher als im Vorjahre, das Verhältnis wäre noch günstiger, wenn die Arbeitgeber den Arbeitsnachweis mehr als bisher in Anspruch nehmen würden.

Arbeiter-Risiko. Im Wetterstache in Dittersbach bei Waldenburg in Oberschlesien wurde ein Bergmann durch Verschütten tödlich. Im Juliusstache bei Waldenburg kam ein Lehrhauer auf dieselbe Weise ums Leben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 15. September. (B. G.) In der letzten Nacht stießen bei Brud a. d. Mur ein Schnellzug und ein Güterzug zusammen. Mehrere Passagiere erlitten Verletzungen, ein Schaffner kam zu Tode. Der Materialschaden ist bedeutend. Eine Anzahl Puffer mit Schießpulver und Petroleum wurden aus den Wägen geschleudert, richteten aber sonst keinen Schaden an.

Wien, 15. September. (B. G.) Der Hofparadezug mit der Leiche der Kaiserin traf im trauerbesetzten Westbahnhof um 10 Uhr abends ein und wurde vom ersten Oberhofmeister, den Hofchargen, dem Offiziercorps, der Beifriedlichkeit und einer Ehrenkompanie empfangen. Nach der Einsegnung setzte sich der Trauerzug nach der Hofburg in Bewegung. Auf dem ganzen Wege bildete Militärspalier, hinter welchem ein vielstündiges Publikum den Leichenzug entblöhten Hauptes in stummer Trauer passiv lieh. Die Truppen leisteten die Ehrenbezeugungen. In der Hofburg angelangt, wurde der Sarg, gefolgt von dem ersten Oberhofmeister und dem Hofstabe der Kaiserin, in die Hofburg-Kapelle gebracht. Der Kaiser und die nächsten Leidtragenden hatten sich daselbst eingefunden und wohnten der nun erfolgenden nochmaligen Einsegnung bei. Nach der Uebergabe der Sargschlüssel an den ersten Oberhofmeister wurde sodann die Kirche geschlossen.

Triest, 15. September. (B. G.) Die antitalienischen Demonstrationen dauern hier und in der Umgebung fort. In verschiedenen Orten Südtirols wurden die italienischen Arbeiter vertrieben. Bei einem Zusammenstoß in Podgorje lödteten die Italiener die Grenzwahe. In Gronau wurden mehrere Italiener wegen Hochverrats verhaftet.

Paris, 15. September. (B. G.) Kuffen erregt die Unabdingung des „Matin“, daß er in seiner nächsten Nummer mit der Veröffentlichung von Moritz Buzä's „Denkwürdigkeiten Bismarcks“ beginnen wird. Das Blatt bemerkt dabei, Bismarck sei in diesen Anzeigerungen Buzä's sehr wahrheitsgetreu geschildert, so daß die Veröffentlichung für alle Feinde Bismarck's eine Genugthuung sein würde. In dem Vorwort fragt Buzä, Bismarck habe ihn selbst im Jahre 1879 ermächtigt, die Memoiren zu veröffentlichen und über ihn zu sagen, was er wisse.

Paris, 15. September. (B. G.) Dem „Temps“ zufolge hat der Finanzminister Petral den Entwurf für das Budget pro 1899 nahezu vollendet. Der Marineminister Lockroy verlange eine neuerliche Erhöhung des Marinebudgets um 24 Millionen. Das Marinebudget würde dann 310 Millionen Franken betragen. Der von Petral ausgearbeitete Steuerreform-Entwurf erzieht die gegenwärtige Personal- und Mobilsteuer, sowie die Thür- und Fenstersteuer durch eine nach sogenannten äußeren Anzeichen berechnete Einkommensteuer.

Paris, 15. September. (B. T. G.) Wie die Abendblätter melden, verhaftete die Polizei drei Personen, welche eingeklinkt hätten, sie seien von dem Herausgeber des Blattes „Antiqu“ Guerin angeworben worden, um den Redacteur des Blattes „Grand Bulletin“ Roget zu überfallen.

Rom, 15. September. (B. T. G.) In Rom, sowie in verschiedenen Provinzialstädten wurden weitere Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen.

Madrid, 15. September. (B. T. G.) In dem heutigen Ministerrathe unter Vorsitz der Königin-Regentin hielt Ministerpräsident Sagasta eine Rede, in welcher er die schwelenden inneren und äußeren Fragen darlegte. Der Minister des Auswärtigen theilte mit, er habe noch keine Antwort aus Washington betreffend die Grimmbeförderung der Spanier von den Philippinen erhalten. Morgen wird der Ministerrath die Mitglieder der Kommission für die Friedensverhandlungen in Paris ernennen.

Konstantinopel, 14. September. (B. T. G.) Meldung des Wiener I. I. Telegramm-Bureau's. In englischen Kreisen will man Beweise dafür besitzen, daß die Vorfälle in Kandia von langer Hand vorbereitet waren. Sobald im Laufe dieser Woche die letzten englischen Verstärkungen in Kandia eingetroffen sein werden, soll die Abfertigung der Anführer der Unruhen vom 6. d. M. und der Würder der englischen Soldaten beginnen. Man befürchtet bei diesem Anlaß blutige Zusammenstöße.

Kanea, 15. September. (B. T. G.) Heute Morgen ist die im Minimum festgesetzte Frist abgelaufen. Dschewad Pascha sucht in-betreff der Durchführung der Forderungen des Ultimatus einen Ausfall zu gewinnen. Die Türken wollen von einer Auslieferung der Waffen nichts wissen.

St. Thomas, 15. September. (B. T. G.) Ueber die meisten Windward- und Leeward-Inseln ist ein Orian hingegangen und hat furchtbare Verwüstungen angerichtet. Am meisten hat St. Vincent gelitten. 300 Personen sollen getödtet und 20 000 obdachlos sein. Häuser und Kirchen wurden durch Fluthwellen zerstört. In Santa Lucia traten mehrere Erdbeben ein, bei denen 12 Personen den Tod erlitten. Auch Guadeloupe wurde schwer betroffen; 19 Bewohner wurden getödtet.

Zum Fall Zietzen.

In der Angelegenheit des Barbiers Zietzen bringt der General-Anzeiger für Elberfeld-Barren einen Artikel, der interessant genug ist, um von allen, die sich für eine Aufklärung des merkwürdigen Kriminalfalles interessieren, beachtet zu werden. Das Blatt schreibt: „Der Fall Zietzen ist durch die Veröffentlichung des Herrn Landauer in ein neues Stadium getreten, denn ein vernünftiger Mensch wird sich nach dem positiven Verhalten des früheren Polizeikommissars Gottschall gegenüber Herrn Landauer der Ansicht nicht verschließen können, daß die Beweismittel, die zur Verurteilung des Zietzen führten, arg mißhandelt worden sind. Der unbefangene Beobachter muß unter Würdigung dieser Passivität des Gottschall zu ganz eigenthümlichen Schlussfolgerungen gelangen, und zwar umso mehr, wenn er sich die Thatsache ins Gedächtnis ruft, daß die Behauptung, die Beweismittel im Prozeß Zietzen seien gefälscht, schon im Jahre 1890 von einer im Prozeß Zietzen thätig gewesenen amtlichen Persönlichkeit aufgestellt wurden. Diese amtliche Persönlichkeit ist Herr Kreisphysikus Dr. Berger hier selbst, welcher am 7. April 1890 an den Staatsanwalt Pinoff einen auf den Zietzen-Prozeß bezüglichen, bedeutsamen Brief richtete. Wir entnehmen diesem Briefe folgendes:

„Auf Ihre geehrte Zuschrift vom 1. d. M., die Sache gegen den Barbier Zietzen und mein darauf bezügliches Schreiben an den Rechtsanwalt Dr. Friedmann-Berlin vom 28. Mai v. J. betreffend mit dem Erfuchen, mich eingehend über meine Disposition zur Sache zu äußern, verzehe ich nicht, folgendes zu berichten:

Als ich mich am 25. Oktober Nachts in meiner Eigenschaft als Kreiswundarzt auf Requisition der Polizei zu der erschlagenen Frau Zietzen begeben hatte, ordnete ich deren Leberführung in das städtische Krankenhaus an und begab mich alldam sofort zur Polizeiwachmeisterstube, um die erforderliche amtliche Bescheinigung auszustellen. Da ich dort den verhafteten Zietzen antraf, so forderte ich ihn auf, sich von mir auf Blutspuren untersuchen zu lassen. Mehrere Polizeibeamte standen daneben und nahmen an der Besichtigung theil. Die Verlesung war eine sehr gute. Zietzen war mit einem schwarzen Anzuge bekleidet und hatte eine untadelhaft reine, weiße Wäsche an, soweit ich dieselbe zu Gesicht bekam. Mein Augenmerk war zunächst auf Kermel und Manschetten gerichtet; ich fand aber an den sämtlichen Kleidungsstücken keine einzige Blutspur und nur an einem Stiefel eine erbsengroße breite graurothe Flecke, welche wie Gehirnsubstanz aus sah. Hätte sich an einer Manschette irgend etwas Verdächtiges vorgefunden, so würde dieselbe von den Polizeibeamten sofort beschlagnahmt und zu den übrigen Sachen gelegt worden sein, welche Zietzen abgenommen worden waren und neben mir auf dem Tische lagen. Späterhin hat Polizeikommissar Gottschall eine Untersuchung des Zietzen vorgenommen und darauf eine seiner Manschetten konfisziert, auf welcher sich diverse rothe, wie man annahm, Blutspuren befanden. Dieselben waren nicht vorhanden, als ich in Gegenwart der Polizeibeamten die Untersuchung vornahm. Leberführen konnte ich sie nicht, weil ich nach Blutspuren suchte. Dazu sehe ich in der Nähe zu schwarz; mein bloßes Auge ist einer Lupe gleich.

Von diesem Befunde des Polizeikommissars Gottschall hatte ich übrigens nichts gesehen noch erfahren, wie auch von den anderen Beweismitteln an dem Messer des Zietzen, wofür letzteres ich übrigens auf der Wachtstube nur oberflächlich betrachtet hatte, bis erst am Schwurgericht selbst gegen Ende der Zeugenvernehmung. Den Zeugenvernehmungen, so weit sie sich auf Leberführungsstücke bezogen, hatte ich auch nicht beigewohnt, da ich selbst als Zeuge vernommen werden sollte. Als ich dann als Sachverständiger über die Leberführungsstücke befragt wurde, war ich vollständig unvorbereitet, worüber ich mich auch bei dem Vorstehenden beschwerte. Zu meinem größten Erstaunen sah ich nun die hellrothen Flecken auf der leinwandnen Manschette, welche zwar nur die Größe eines Stecknadelkopfes und darunter hatten, sich aber grell von der weißen Fläche abhoben. Es waren etwa vier bis fünf an einem Ende der Manschette auf einem Felde von etwa 3 Zentimeter Ausdehnung. Erst während des Plätschens konnte ich dieselben mit Ruhe und Ruhe betrachten. Sie waren hellroth, zirumskript, scharf umgrenzt und saßen fest im Gewebe der Manschette. Bestenfalls ist bei Blutspuren auf dem glatten Gewebe einer Manschette nicht möglich. Blutspuren liegen mehr auf und lassen sich von der Fläche mehr oder weniger abtragen, wonach sie dann noch einen mattrrothen Flecken im Gewebe hinterlassen. Spritzen von Rothweine konnten es auch nicht sein, denn dieselben sind bläulich-roth und nicht so scharf umgrenzt. Ich mußte diese rothen Flecken für Spritzen oder Punkte von rother Tinte halten.

In weiteren Verlaufe des Briefes geht Herr Kreisphysikus Dr. Berger auf das an dem Messer des Zietzen gefundene Holzpartikelchen ein und bringt den Wahrscheinlichkeitsbeweis, daß Zietzen in der kurzen Zeit gar nicht in der Lage gewesen wäre, den Stiel des Wochhammers mit dem Messer durch Abschaben von Blutspuren zu reinigen. Wir reproduzieren diesen Passus des Briefes nicht, da er nur subjektive Vermuthungen enthält, nicht aber, wie in dem oben zitierten Passus, positive Befundungen. Der Brief schließt folgendermaßen:

„Wenn Zietzen nun unschuldig an dem gewaltsamen Tode seiner Frau ist, so müssen nach meinem Dafürhalten die Leberführungsstücke gefälscht sein.“

Die Beschlagnahme des Herrn Landauer und die Passivität des früheren Polizeikommissars Gottschall werfen in Verbindung mit diesem Briefe ein eigenthümliches Licht auf die Beweismittel im Prozeß Zietzen und man kann, ohne Bestimmtheit zu sein, zu dem Resultat kommen, daß in der Beweisführung doch nicht alles so zweifellos wie behauptet ist, wie es sein mußte, um zu einem Todesurtheil zu gelangen. Man bedenke folgendes: Eine zweite Person bezeugt sich selbst des Mordes, der Verurtheilte kann nach Lage der Verhältnisse den Mord kaum begangen haben und die Beweismittel gegen den Verurtheilten erscheinen in einer mindestens zweifelhaften Beleuchtung. Sollten diese Momente nicht ausreichen, um eine Revision des Prozeßes herbeizuführen?

Lokales.

Die angebliche Brandstiftung in Spandau — eine Angelegenheit, die wir gestern unter „Gewerkschaftliches“ besprachen — wird auch heute noch von bürgerlichen Zeitungen gegen die streikenden Banarbeiter auszubehaupten versucht. In blindem Haß gegen die organisierten Arbeiter drücken die betreffenden Blätter das ungereimteste Zeug ab, was ihnen unter die Finger kommt. Den bürgerlichen Rettungsversuchen, die ja von vornherein geneigt sind, in jedem streikenden Arbeiter einen zu Gewaltthätigkeiten geneigten Menschen zu sehen, mag es ja glaubwürdig erscheinen, wenn ihnen erzählt wird, die Streikenden hätten ein Attentat gegen Streikbrecher verübt. Für wie naiv müssen aber die bürgerlichen Blätter ihr Publikum halten, wenn sie ihm vorreden, die Streikenden hätten auch eine zu Schulzwecken demütigte alte Kaiserin in Brand setzen wollen, um auf diese Weise die städtischen Behörden zu Bau neuer Schulhäuser zu zwingen. Mit so albernem, jeder Begründung entbehrenden Erzählungen suchen bürgerliche Zeitungsschreiber Stimmung gegen streikende Arbeiter zu machen. Während die Berliner Zeitungen sich eifrig mit der angeblichen Brandstiftung in Spandau beschäftigen, betrachtet man am

Orte der That“ die Angelegenheit als relativ bedeutungslos, ja selbst das in Spandau erscheinende konservative Organ, welches doch gewiß nicht in dem Verdacht steht, eine rüchlose That der Streikenden vertuschen zu wollen, berichtet ganz kurz die bekannten Thatsachen, ohne auch nur anzudeuten, daß die angebliche Brandstiftung auf freilebende Arbeiter zurückzuführen sei. Dagegen bringt der „Anzeiger für das Havelland“, ein Blatt freisinniger Richtung, eine tendenziös aufgebaute Darstellung des Vorfalles. Zwar bemerkt das Blatt, man habe von den Thätern noch keine Spur, doch behauptet es in demselben Artikel, daß die That natürlich nur von Streikenden begangen sein könne. Da der Redakteur dieses Blattes eine Korrespondenz für Berliner Zeitungen herausgibt, so ist die Annahme wohl berechtigt, daß die von den hiesigen Blättern gebrachten Nachrichten, welche sich nach Tendenz und Inhalt mit dem Artikel des „Anz. f. d. Havelland“ decken, aus der Feder des Redakteurs des „Anz.“ stammen. Die Absicht dieser verleumderischen Artikel ist zweifellos die, den Unterdrückungsgefühlen reaktionärer Unternehmer Vorschub zu leisten, indem man die Streikenden als Brandstifter verdächtigt. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ benützt die vorliegende Angelegenheit bereits, um damit die von der Regierung geforderte Vermehrung der Polizeibeamten als nothwendig zu begründen.

Andere Blätter, so die „Post“, schreiben bereits in Leitartikeln über die „Brandstiftung“ nach mehr Arbeiternebelung und nach erhöhtem Streikbrecherschutz im Sinne der Denkhausener Rede des deutschen Kaisers. Dieser Sorte von kapitalistischen Soldatenschreibern ist natürlich jede Lüge und Verleumdung recht, wenn sie sich gegen ehrenwerthe deutsche Arbeiter richtet. Es ist herrlich weit im Deutschen Reiches gekommen, wenn dank der Ventugier der kapitalistischen Profitwägher die Phrase vom „Schutz der deutschen Arbeit“ in dem Verlangen beruht, daß Ausländer mit noch mehr Polizei-Aufgebot als bisher an die niedrig entlohnete Arbeit gebracht werden sollen, während der deutsche Arbeiter, der mit den Hungerlöhnen sich und seine Familie nicht ernähren kann, abseits stehen muß, bedrängt von den Sicherheitsorganen des Deutschen Reiches und auf das niederträchtigste behandelt und verleumdet von dem sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit seinem „Patriotismus“ hervordrängenden deutschen Unternehmertum und dessen willkürlichen Vorkriegsorganen. Daß solche Zustände unhaltbar sind, und daß der Staat, dem gegenwärtig zugunsten wird, doch ja so bald wie möglich die Krönung der Sozialreform durch die Zucht aus „Vorläge“ vorzunehmen, in seinem eigenen Interesse alle Ursache hat, schweigend auf dem verderblichen Wege umzukehren, das leuchtete selbst einem so reaktionären Blatt, wie dem regierungspastoralen „Reichshoten“ allmählich ein. In einem Artikel über die Spandauer Vorgänge, in dem diese Zeitung natürlich die Lügen des Unternehmerreporters unbesehen für baare Münze hinnimmt, heißt es:

„Man denke sich, daß deutsche Beamte die italienischen Arbeiter gegen deutsche Schuppen müssen! Wie werden die Streikthäter das wieder ausbeuten! Und es ist ja auch für das nationale Empfinden sehr peinlich; allein schuld daran ist doch nur der Streik. Fast alle Arbeiter haben jetzt Lohn-tarife, namentlich auch die Maurer. Warum sollte es da nicht angängig sein, daß sie, wenn sie eine Lohnherabsetzung beantragen, ihr Verlangen, wenn es von den Meistern nicht erfüllt wird, vor das Schiedsgericht bringen und dort sachgemäß begründen, sodas das Schiedsgericht dann auch die Gründe der Meister für ihre Ablehnung hören und beide gegeneinander abwägen kann.“

Was diesen Vorklaß betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß gerade im Spandauer Fall ein Schiedsgericht, das von den Ausständigen mit Freuden begrüßt wurde, bereits zusammengetreten war. Die Unternehmer, denen offenbar um eine Vernichtung der Arbeiterorganisation um jeden Preis zu thun ist, lehnten aber eine Unterhandlung mit den von den Arbeitern delegierten Vertrauensmännern unter dem Vorwande ab, daß diese in Sozialdemokratenteilen, mit Sozialdemokraten wollten sie erst garrnigt in Unterhandlung treten. Trotz dieser hochmüthigen Ablehnung, durch die die Daunternehmer sich bei jedem gestifteten Menschen von vornherein ins Unrecht setzen, beschlossen die Ausständigen, um des lieben Friedens willen, andere Delegationen zu wählen. Am Sonnabend steht in der Angelegenheit abermals Termin vor dem Gewerbegericht an; es wird sich ja herausstellen, ob das Unternehmertum nunmehr zu einer Verständigung geneigt ist. Dies dem „Reichshoten“ zur Notiz, dem ob der Gottähnlichkeit der „göttlichen“ Weltordnung so fatale Zweifel aufgestiegen sind; und nunmehr kurz noch einiges über die Lage in Spandau selber.

Wir wollen hoffen, daß es der Spandauer Polizei gelingt, und daß die von dem Spandauer Arbeitgeberbund ausgesetzte Belohnung von 300 M. dazu beiträgt, den Thäter zu ermitteln, falls ein solcher überhaupt vorhanden ist. Es wird sich dann herausstellen, daß die ganz entsetzlich aufgebaute Angelegenheit — was übrigens jetzt schon sicher ist — in keiner Verbindung mit den streikenden Arbeitern steht. Die Ausständigen haben sich, wie wir nochmals ausdrücklich bemerken, bisher zu keinerlei Ausschreitungen gegen die italienischen Streikbrecher hinreichend lassen, obgleich diese bei verschiedenen Gelegenheiten provokatorisch gegen die Streikenden aufgetreten sind und sie werden trotz allem auch ferner ihre Ruhe bewahren.

Die Spandauer Parteigenossen werden die „Brandstiftung“ demnächst in einer Vollsammelung besprechen. Es macht sich unter ihnen nämlich die Ansicht bemerkbar, daß die ganze Brandgeschichte nur eine Rage gegen die Streikenden ist.

Vom Vorstand der Turnerschaft des Vereins „Mercur“ erhalten wir folgende Mitteilung: Die Turnerschaft des Vereins „Mercur“ (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes) eröffnet mit dem 16. September d. J. in der Turnhalle der 7. Realschule (höhere Bürgererschule) in der Mariannenstr. 47 eine Damen-Abtheilung und hält selbige der Berliner Arbeitererschaft bestens empfohlen.

Der königliche Gewerbe-Inspektor für den Inspektionsbezirk Berlin II, Inspektor Waeppoldt, ist, wie ein Berichterstatter wissen will, von der königlichen Regierung zu Potsdam zum Zweck einer Studienreise nach Amerika entsandt worden. Die Reise wird zwei Jahre dauern. In dieser Zeit soll sich der Delegierte an allen größeren Industriepfählen über den gegenwärtigen Stand der gewerblichen, industriellen und technischen Verhältnisse informieren und seiner Behörde fortlaufend berichten. Herr Inspektor W. hat seine Reise bereits am 10. d. M. angetreten.

Die Agitation gegen die Rabatt-Sparvereine beschloß gestern die Berliner Fleischvermittlung thätkräftig zu unterstützen. Einen gleichem Beschluß faßte gestern Abend im Norden Berlins eine Versammlung der Schuh-, Out-, Kürschner-, Polamentier-, Optiker-, Juweliere-, Wandaagisten, Seifen- und Porzellanhändler u. s. w. Die Versammelten verpflichteten sich auf Ehrenwort, vom 15. September 1898 ab an Konium- und Rabatt-Sparvereine Waaren mit Rabatt nicht mehr zu liefern. Eine Versammlung von Schlächtereimern und Fleischwaarenhändlern im Norden Berlins sprach sich gestern Abend in demselben Sinne aus.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Sublimatpastille dürfen auch zu Desinfektionszwecken nur in Apotheken auf ärztliche Verordnung abgegeben werden. (Vergr. Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 27. Januar 1890 (M.-G.-Bl. S. 9), Verzeichnis A Ziffer 9; Bekanntmachung über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel vom 22. Juni 1896 [„Reichs-Anzeiger“ vom 30. Juni 1896, Nr. 154, Beilage S. 1].) — Nach § 42 der Gefundungs-Ordnung vom 8. November 1810 soll das Gefunde, wenn der Tag des Dienstantritts auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, an

dem letztvorangehenden Werktag anzusehen. Da der 2. Oktober d. J., an welchem gewöhnlich der Dienstantritt erfolgen soll, auf einen Sonntag fällt, so muß das Gefunde beim bevorstehenden Quartalswechsel bereits am 1. Oktober d. J. umziehen.

Die Rephatierung des Potsdamer Platzes ist jetzt auf dessen südöstlicher Seite vollendet.

Wiederum abkennend beschieden hat das hiesige Polizeipräsidium das erneute Gesuch des Verbandes der Gast- und Schankwirths für Berlin und Umgegend vom 6. August er. um Erlass eines Verbotes des mißbräuchlichen Gebrauches von Selterwasser- und Bierflaschen. Das an den Verbandspräsidenten Herrn Niemann gerichtete Antwortschreiben lautet: „Dem Verband erwidere ich auf das erneute Gesuch vom 8. v. M. um Erlass eines Verbotes gegen die mißbräuchliche Verwendung bereits benutzter Selterwasser- und Bierflaschen im Handel z. ergebenst, daß mir die dortigen Ausführungen keine Veranlassung geben, den in dem diesseitigen Bescheide vom 18. April d. J. vertretenen Standpunkt aufzugeben. In Vertretung: gez. Friedheim.“

Strasensperrung. Die Karlstraße von der Albrechtstraße bis zur Friedrichstraße einschließlich der westlichen Hälfte des Kreuzdamms der letzteren wird behufs Umbaus der Geleisanlagen vom 19. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ein Nordverfuß und ein Selbstmord sind gestern früh um 3 Uhr in dem Hause Oranienstr. 2 verübt worden. Der 54 Jahre alte Schuhmacher Edmund Hoheisel hat seine Ehefrau durch einen Revolverfuß am Kopf und am Halse verwundet und dann sich selbst durch einen Schuß in die Stirn getödtet. Hoheisel war zum zweiten Male verheiratet. Seine erste Frau hatte sich von ihm scheiden lassen, weil er sie fortgesetzt mißhandelte; einmal hatte er sogar versucht, sie mit ihrem Bette zu verbrennen. Trotzdem ließ sich die jetzt 48 Jahre alte damalige Wittwe Edert, die im Keller des Hauses Oranienstraße 2 ein Korbwaarengeschäft betrieb, von ihm behören. Die Ehe wurde aber bald unglücklich, da der Mann faul und lüderlich war, krank und noch weit schlimmere Dinge sich zu schulden kommen ließ. U. a. befaß er seine Frau um 6000 M. Erparnisse. Endlich verlor diese die Geduld und reichte die Scheidungsklage ein. Dabei kamen dann aus dem Leben des Mannes Dinge zur Aufdeckung, mit denen sich der Staatsanwalt befassen mußte. In zwei Fällen hatte Hoheisel sich an minderjährigen Kindern vergangen und in einem Falle einer Frau Gewalt angethan. Auf gestern Morgen 9 Uhr war ein Termin in dieser Angelegenheit angelegt. Als Hoheisel vor einigen Wochen erfuhr, daß die Angelegenheit vor dem Staatsanwalt so weit geblieben war, kaufte er sich einen Revolver und drohte, daß er die ganze Gesellschaft und dann sich selbst erschießen werde. Eine Tochter mißhandelte er bereits so schwer, daß sie noch jetzt nicht wiederhergestellt ist; er riß ihr beide Ohren fast vom Kopf herunter. Gestern Nacht kehrte nun Hoheisel um 3 Uhr nach Hause zurück. Als er eintrat, erwartete seine Frau und folgte ihm mit den Augen, da sie nichts Gutes ahnte. Auch die Kinder wurden wach. Ganz plötzlich riß der Mann seinen Revolver aus der Tasche, drückte einen Schuß auf seine Frau ab, setzte sich dann die Waffe an die Stirn und jagte sich eine Kugel durch den Kopf. Tödlich getroffen brach er zusammen und verschied auf der Stelle. Frau Hoheisel war nicht sehr schwer verletzt. Die Kugel hatte den Kopf und den Hals nur gestreift. Nachdem ein herbeigerufener Arzt die Wunde verbunden hatte, ließ er die Verletzte mit einer Droschke in das Krankenhaus Verbanen bringen.

Eine größere Verkehrsverhinderung entstand gestern in den Vormittagsstunden auf den beiden von Siemens u. Halske betriebenen elektrischen Linien Behrenstraße—Trepow und Behrenstraße—Wiener Straße. Auf zahlreichen Stellen der beiden Linien standen die Wagen fest und die Passagiere stiegen wieder aus, da ihnen die Verkehrsstörung zu lange dauerte. Nach ungefähr 20 Minuten konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden. Die Ursache ist jedenfalls in einem plötzlichen Versagen des elektrischen Stromes zu suchen.

Eine Blntvergiftung hat sich das 16 Jahre alte Dienstmädchen Frieda Schulz, das bei einem Kaufmann in der Prenzlauer Allee 219 in Stellung ist, dadurch zugezogen, daß es sich mit einer Gabel in die Hand stoch und die Wunde nicht beachtete. Der Arm schwoll bald an und wird im Krankenhaus wahrscheinlich abgenommen werden müssen.

Bei der Arbeit verunglückt ist gestern Vormittag in der Handelsstraße Velle-Alliance der landstümliche Maler Quacksiedt vom Luffenplaz Nr. 2, der bei dem Meister Sobotta am Halleischen Ufer Nr. 23 beschäftigt ist. W. hatte am Eingang II von der Friedrichstraße her auf einem Gerüst zu thun und wollte dieses um 9 1/2 Uhr verlassen, um zum Frühstück zu gehen. Dabei trat er auf der Leiter fehl, fiel etwa einen Stod hoch herab und schlug mit der Stirn auf das Pflaster auf. Bewußtlos und schwer verletzt wurde der Verunglückte durch die Rettungs-gesellschaft mit einem Kränzelchen Wagen in das Krankenhaus Am Urban gebracht.

Das Luise-Theater hat sich gestern mit Erfolg an ein klassisches Drama herangewagt. Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ wurde gegeben. Regie und Schauspieler hatten sich redlich vorgenommen, des Dichters würdig zu erscheinen. Die einfache Ausstattung war mit Geschma und Umsicht angelegt und auch die Darstellung zeigte sich im ganzen gerade in ihrer Schlichtheit von ansprechender Seite. Herr Masson war ein Schloß schlechthin und nicht der Wächermacher, als welcher er von der jetzt glücklicherweise ausstehenden Kunst der großen Reise-Ontel auf der Bühne dargestellt wird. Der schweren Aufgabe, den Schloß als Menschen zu geben, wurde der Künstler mit Erfolg gerecht. Ebenfalls befriedigend war die Forzia des Fräulein Kellermann. Im ganzen läßt sich wohl sagen, daß der gestrige klassische Abend auch dem recht anscheinlich versammelten Publikum gut zu bekommen schien, besser jedenfalls als der traurige Possenschindenschau, der sich oft auf Wochen hinaus über die Bretter ausbreitet.

Theater. Im Schiller-Theater ist die Besetzung in Widenbruch's Schauspiel „Die Dautentische“, das morgen zum ersten Mal in Szene geht, folgende: August Bangerthal, Ferdinand Gregori, Hermann, Hermann Ballentin, Julian, Alwine Wiede, Frau Schmalenbach, Agnes Werner, Vene Paula Lebermann, Alie Schmalenbach, Alfred Schmalson, Paul Jersich, Albert Patru, Holberg's Post. Der politische Kanngieser mit Alfred Schmalson in der Titelrolle wird heute wiederholt. — Das neu angestellte Parodie-Theater eröffnet am 23. September seine Saison.

Feuerbericht. In dem Arbeitsraume des Droguisten Bretschneider Lädenstr. 2 geriet Mittwoch Abend gegen 9 Uhr unter heftiger Flamme- und Rauchentwicklung eine große Quantität Wohnermasse in Brand. Zwei Nothre hatten längere Zeit Wasser zu geben, bevor das Feuer, das an den äußerst breunenfähigen Materialien reiche Nahrung fand, gelöscht werden konnte. Kurz vorher waren Zimmerstraße 37 und Oberstraße 4 Räucherbrände abgylöscht. Infolge Entzündung von Pechknoten erfolgten amends 11 1/2 Uhr und Donnerstag früh 5 Uhr Alarmierungen nach Rühlensstr. 4 bezw. Langestr. 55. Gegen 9 Uhr kam Neue Königstr. 90 in dem Vorbehause des Expeditionshofes von Bernhardt u. So. ein Dachstuhlbrand aus, der erst nach längerer Löschartigkeit gedämpft werden konnte. Bodenkammern mit Inhalt und Theile der Dachkonstruktion wurden eingestürzt. Mittags 12 Uhr erfolgte Ecke Lohringersstraße und Weinbergweg eine Explosion einer Apothekelaterne.

Aus den Nachbarorten.

Trepow, Baumgartenweg. Der Gefangene Trepow (M. d. A.-S.-A.) feiert am Sonnabend, den 17. d. M., im Lokal des Herrn Speer sein 4. Stiftungsfest. Um recht zahlreichen Besuch der Parteigenossen ersucht der Vorstand, J. K.: Krebs.

Aus Charlottenburg verlautet, daß in Magistratskreisen die Ansicht bestehe, zum zweiten Vorliegenden des städtischen Arbeits-nachweis einen Arbeitszettel zu ertheilen. Damit würde dem Charlottenburger Arbeitssachverständigen das unparteiische Gebrüge von vornherein genommen werden. Für Charlottenburg ist das Amt des zweiten Vorliegenden des Arbeitsnachweises um so wichtiger, als der erste Vorliegende, zu dem der Vorliegende des Gewerbegerichts ernannt wird, an der Ausübung seines Amtes häufig verhindert ist — während des letzten Jahres konnte er am Gewerbegericht nur ausnahmsweise sein Amt versehen!

Für Radfahrer, welche Ausflüge nach der Mark und besonders dem Kreise Westow unternahmen, ist eine vom dortigen Landratsamt soeben getroffene Entscheidung betreffs der Räderzölle von Wichtigkeit. Die Entscheidung ist auf eine Beschwerde wegen Veranlassung von Radfahrern zu dem für Fuhrwerke vorgeschriebenen Räderzoll an den Spreedrüden in Trebatsch, Drieschitz und Cossenblatt ergangen und besagt, daß von Radfahrern ein Räderzoll nur dort zu erheben ist, wo die betreffenden Präsidenten eine besondere Gebührenart für Fahrräder enthalten. Da dies aber bei den Tarifen für die genannten Spreedrüden nicht der Fall ist, so sind die Radfahrer zur Zahlung von Räderzoll auf denselben bis auf weiteres also nicht verpflichtet. Ob diese Befreiung vom Räderzoll von langer Dauer sein wird, ist allerdings fraglich, da der Landrat seiner Entscheidung hinzugefügt hat, daß eine entsprechende Ergänzung der betreffenden Präsidenten in Aussicht genommen sei.

Das Kriegsministerium hat bürgerlichen Blättern zufolge angeordnet, daß in den Militärwerken während des Winters vom 1. Oktober bis 1. April Arbeiterentlassungen nicht stattfinden sollen. Die Direktoren der Fabriken haben die Beseitigung der Arbeit danach einzurichten. Eine Beschäftigung dieser Arbeiter, die ja ebenso sehr im Interesse der Betriebsleitung wie der Arbeiter liegen würde, bleibt abzuwarten.

Für die Errichtung einer zweiten Central-Markthalle und zwar in Charlottenburg wird lebhaft agitiert. Mit besonderem Interesse verfolgen namentlich die Lebensmittelhändler dieses Projekts. Eine Versammlung dieser Gruppe wird sich demnächst mit dieser Frage beschäftigen.

Eine traurige Familienkatastrophe fand in dem benachbarten Nieder-Schönhausen ihren Abhalt. In der Nahe wurden die Leichen der Ehefrau des in der Buchholzerstraße in Berlin wohnenden Steinmeyers Sauer und des zweijährigen Sohnes derselben aufgefunden. Die Frau hatte sich aus ihrer Wohnung entfernt, da sie von ihrem Manne wiederholt mißhandelt wurde. Die unglückliche Frau nahm von ihren vier Kindern das jüngste mit, um sich durch den Tod des Mannes an ihrem Leben zu rächen. Nachdem die Leichen rekonstruiert, werden dieselben in Nieder-Schönhausen beerdigt werden.

Zu Alderhof kämpft der Amtsvorsteher v. Oppen seinen unglücklichen Kampf gegen solche Gastwirthe, die den Sozialdemokraten ihre Säle zur Verfügung stellen, mit den besonnenen, so recht von deutscher Kraft und Widerleit zeugenden Mitteln tapfer weiter. Da hatte sich der Gastwirth Schmauser in der Bismarckstraße unterstanden, seinen Saal an unsere Parteigenossen herzugeben. Plötzlich kam die Beschränkung der Polizeistunde und die Entziehung der Tanzlaubnisse über ihn und ehe Herr Schmauser sich dessen weiter versehen hatte, war er von dem Amtsvorsteher mit sieben Strafmandaten in der Gesamthöhe von 155 M. bedacht worden. Die größte That wurde aber am vergangenen Sonntag vollführt. Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein hatte zu diesem Tage eine öffentliche Versammlung einberufen; nach der Versammlung sollte ein gemüthliches Beisammensein stattfinden. Dieses wurde jedoch vom Amtsvorsteher verboten; der beherrschte § 8 des Vereinsgesetzes mußte für die Begründung des Verbots herhalten. Aber auch die Versammlung wurde unterdrückt, als der Eimberufer sie nicht auf die Minute eröffnet hatte! Als sich später einige Gäste im Tanzlokal befanden, kamen drei Gendarmen und forderten den Wirth auf, seinen Saal sofort zu schließen, wenn er nicht Gewalt angewendet sehen wollte.

Wir müssen von neuem betonen, daß in diesem Kampfe, dessen siegreicher Ausgang für die Sozialdemokratie ja allerdings nicht zweifelhaft ist, die Berliner Parteigenossen in die Reihe zu springen haben. Ist es zum wenigsten auch der Kampfmethode unserer Gegner zu danken, daß die Einwohnerchaft von Alderhof bis auf einen winzigen Resttheil sozialdemokratisch ist, so sind die dortigen Parteigenossen dennoch aus erklärlichen Gründen auf die Hilfe der Berliner Arbeiterchaft angewiesen, die strenge darauf zu halten hat, daß bei Ausflügen nach Alderhof, Grilman u. feiu Gastwirth besucht wird, der sein Lokal nicht der Sozialdemokratie zur Verfügung stellt!

Gerichts-Beilage.

Für die Justiz in Oberschlesien ist eine Strafkammer-Verhandlung typisch, die sich vor dem Landgericht Beuthen abspielte. Am Tage der Reichstagswahl war es im Ludwigischen Gefängnisse zu Laurahütte, wo die Wahlhandlung stattfand, zwischen dem als Wahlvorsteher amtierenden Grubensteiger Deutscher und dem Arbeiter Sobiray zu einem Konflikt gekommen, weil Deutscher sich die Art, wie Sobiray die Kontrolle der Wahlhandlung ausübte, belästigt fühlte. Als ein Polizeibeamter zur Verhaftung des Arbeiters kam, kam es zu geringen Mählichkeiten, bei welchen der anpackende Beamte von S. einen Stoß erhielt. Gegen den Arbeiter wurde Anklage erhoben und in der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging über diesen Antrag weit hinaus und verhängte über den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Mehrere der einander widersprechenden Zeugenaussagen wurden protokolliert; man glaubt, daß sich noch ein weiteres Strafverfahren aus der Angelegenheit entwickeln werde.

Der Kampf der Arbeiter um bessere Existenzbedingungen und die bürgerlichen Gerichte. Zu diesem zeitgemäßen Kapitel liegt am 20. d. M. folgende Meldung vor: Dieser Tage wurde der Genosse Wilhelm Schneedenhaus hier wegen Verleumdung des Polizeiwachmeisters Hartung hier selbst vom Schöffengericht zu Gostlar zu einer Geldstrafe von 75 M. event. 15 Tagen Gefängnis und Kostenstrafe verurtheilt. Die Verleumdung soll in einer Mauerversammlung erfolgt sein. Genosse Schneedenhaus sprach in dieser Versammlung der Verdacht aus, daß, nach verschiedenen Vorgängen zu schließen, die Verhöre den Arbeitgebern über die Vorgänge in den Versammlungen Berichte zugehen ließe. Da Hartung bisher die Versammlungen der Mauer überwacht hatte, so fühlte sich dieser durch diese Behauptungen beleidigt und stellte Strafanklage. In der Verhandlung kamen ganz interessante Dinge zum Vorschein. So behauptete der als Zeuge vorgeladene Architekt Schinkel, daß die Mitglieder der im Frühjahr gewählten Lohn-Kommission der Mauer, zu der auch Schneedenhaus gehörte, nach einer Abmachung der Bauunternehmer Gostlars keine Arbeit mehr erledigen sollten. Genosse Schneedenhaus verlangte nun, daß der Staatsanwalt, auf Grund dieser Verurteilung, gegen die Bau-Unternehmer vorgehen sollte. Ja, Mauer, das ist ganz was anderes. Der Staatsanwalt erklärte diese Vorgehen der Unternehmer für gerechtfertigt. Denn, so erklärte er, was soll so ein Unternehmer anfangen, wenn seine Arbeiter nicht mehr für den Lohn arbeiten wollen, er muß einfach bewilligen, wenn er seine Arbeit fertig haben will, sonst werfen ihm die Arbeiter die Arbeit vor die Füße und er kann nur zusehen, wie er seinen Verpflichtungen nachkommt. Und da müsse das Gericht den Arbeitgebern zu Hilfe kommen. Demnach Schimpfen und Beleidigen und Heyn ist den Sozialdemokraten zur zweiten Natur geworden. Und wenn die Gostlarer es nicht mehr selbst genügend können, dann holen sie sich Einen von außerhalb, damit der es noch besser mache. Die vom Genossen Schneedenhaus gestellten Verweisanträge lehnte das Gericht als belanglos ab. Genoss wurde der von ihm beantragte Schuß des § 193 des St.-G.-V. abgelehnt. Und so wurde denn Ge-

nosse Schneedenhaus zu der angegebenen Geldstrafe verurtheilt. In der Urtheilsbegründung heißt es ungefähr: Der Angeklagte habe, ohne sich vorher bei den Arbeitgebern zu erkundigen, die Verleumdung öffentlich ausgesprochen und kann ihm deshalb der Schuß des § 193 des St.-G.-V. nicht zuerkannt werden. Nur dem Umstande, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft und unermöglicht ist, hat der Angeklagte es zu verdanken, daß gegen denselben auf eine höhere Geldstrafe nicht erkannt worden ist. Der Amtsanwalt hatte 150 Mark beantragt. Gegen das Urtheil ist Verlegung eingelegt worden.

Ein Bild aus dem Leben der „oberen Zehntausend“. Aus Straßburg i. E. wird uns unterm 14. September geschrieben: Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts spielte sich vorgestern und gestern ein Prozeß ab, der auf die sittlichen Anschauungen in unseren sogenannten „besseren“ Gesellschaftskreisen ein äußerst bezeichnendes Schlaglicht wirft. In den heiligen Hallen der Themas tauchten an diesen Tagen Figuren auf, die man sonst nur in den Kasinos, Salons und dem Tanz zu finden gewohnt ist; Damen in elegantester Modetoilette, geschmückte Stutzer in tadellosem Grad, Offiziere in Uniform und Zivil füllten den Zengraum, indeß auf der Anklagebank ein etwa 30-jähriger schwarz gekleideter Herr Platz nahm, dessen vornehme Haltung, abgegriffene Manieren und wohlgeputzter Haartouche auf den ersten Blick den Lebemann verriethen. Es war der Premierlieutenant der Landwehr-Kavallerie Zschewald Drumm aus Baden-Waden, der früher bei den 7. Husaren als Offizier gestanden hatte und jetzt wegen Betrugs angeklagt war. Infolge seiner Heirat mit der geschiedenen Frau eines Altmeisters hatte er seinen Abschied nehmen müssen und leitete hier in Straßburg mit dem Beibe seiner Frau ein verkwünderliches Gemüthelchen geführt. Drumm wurde zu dieser Zeit eine in den ersten Salons der Stadt, auf den Sportplätzen wie in den Kreisen der höheren Militärs viel geschehene Persönlichkeit. Dabei machte er u. a. auch die Bekanntschaft des Premierlieutenants v. Pressentin im Inf.-Regt. 172. Bald entwickelte sich zwischen Drumm, dessen Frau unterdessen gegen ihren verschwenderischen Ehemann auf Scheidung gedrungen war, und der Frau von Pressentin ein Liebesverhältnis, das von dem tief verschuldeten Drumm in der Richtung hin ausgenutzt wurde, daß er von seiner Geliebten, einer sehr reichen Erbin, ein Darlehen in der Höhe von 50.000 M. annahm. Lieutenant v. P., ein gutmüthiger, offenbar nicht sehr beschlagener und allzu vertrauensfertiger Mann, war auf den Vorschlag seiner Frau, mit der gemauerten Summe die Verhältnisse Drumms zu rangieren, eingegangen, da er mit diesen eng befreundet war und im Glauben lebte, sein Schuldner habe noch ein größeres väterliches Nachvermögen zu erwarten. Bald kam jedoch v. Pressentin, durch Freunde auf die moralische Minderwertigkeit Drumms aufmerksam gemacht, zu der Ueberzeugung, daß er von seiner Frau betrogen sei, und er versuchte deshalb, den letzteren zur Flucht ins Ausland zu bewegen, damit der sonst unaußbleibliche Skandal vermieden werde. Der gutmüthige Pressentin, der jede Gewalt über seine Frau verloren hatte, und in dessen Haus nicht er, sondern der Geliebte der reichen Hausfrau Meißner war, bot dem Perthörer seines Ehe- und Familienglüdes sogar das Geld zur Reise nach der neuen Welt an, nur um sich den Menschen ohne Aufssehen vom Hals zu schaffen. Drumm rühte nach langem Hörgen Ende Dezember nach Spanien und Italien aus, und die kaiserliche Staatsanwaltschaft schickte einen Siegelbrief hinter ihm her. Bald darauf begab sich auch Frau von Pressentin außer Landes; der Arzt hatte ihr eine Italienreise verordnet „aus Gesundheitsrücksichten“. Einige Wochen nach ihrer Abreise kam ihr Mann in Sachen des Drummschen Betrugs zum Vertreter der Staatsanwaltschaft. Als dieser erfuhr, daß die Frau des Offiziers sich z. B. in Neapel aufhalte, erwiderte er sofort: „Dann ist Drumm auch dort.“ v. Pressentin war durch sehr konzentriert und reiste sofort ab, um die „leidende“ Gemahlin aufzufinden. In Neapel traf er sie an im „Hotel Vesuvio“, als sie eben mit ihrem Geliebten Drumm von einer gemeinsamen Ausfahrt zurückkehrte. Sie hatten seit einigen Tagen Thaurau Thaur, in jenem Hotel Wohnung genommen, nachdem sie vorher, die Gattin des Offiziers mit dem ständlich verfolgten, eine längere Vergnügungsreise durch Italien gemacht hatten. Der Rest ist Uebereidungsprozeß und die Verhaftung Drumms wegen Betrugs, der nunmehr nach fünfmonatlicher Untersuchungsfrist vor die Schranken des Gerichts gestellt wurde. Der öffentliche Ankläger, der es nicht unterließ, im Gefühle der Beschämung auf die unerhörten Dinge hinzuweisen, die in der sogenannten ersten Gesellschaft sich abspielten und von dem totalen Mangel an Moralitätsgedühl bei den Beschäftigten Zeugnis ablegten, drang mit seiner Anklage beim Gerichte nicht durch. Drumm wurde freigesprochen, weil es ihm den Richtern zweifelhaft erschien, ob der Angeklagte auch das Bewußtsein der Wahrheitwidrigkeit seiner Angaben bei Aufnahme des Darlehens gehabt habe.

Wachstumsabenteuer unangenehmer Natur wollte der Schlichtermischer Drechsler erlebt haben, welcher gestern unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Beamtenebeidigung vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts stand. Am Nachmittag des 14. März hatte der Angeklagte einen Pferdeabfuhrwagen auf dem Alexanderplatz verlassen und lief schnell nach dem Bürgersteig. Hierbei abertrante er eine ältere Dame, welche zu Boden fiel. Der Angeklagte kniirte sich nicht um die Dame, sondern eilte vorwärts. Ein Augenzeuge meinte zu ihm, daß er doch wenigstens der Dame beim Aufstehen behilflich sein könne, der Angeklagte antwortete mit einer Verleumdung. Man nahm noch viele Personen gegen den Angeklagten Partei; sie hielten ihn fest und riefen einen Schuttmann herbei. Drechsler behauptete im gestrigen Termin, daß der Schuttmann ihn sofort mit weniger Haust im Genick gepackt und ihn mit „Stroch“ und „Neil“ angedrückt habe. Unparteiische Zeugen erklärten dies als unwahr, der Schuttmann habe sich durchaus taktvoll und korrekt benommen. Durch dies Abweichen von der Wahrheit läßt die Angeklagte auch an Glaubwürdigkeit in betref der Behandlung ein, die er auf der Wache erlitten haben sollte. Er behauptete, daß vier bis fünf Schuttmänner über ihn hergefallen seien und ihn durch eine Menge Faustschläge ins Gesicht und gegen den Kopf fürchterlich zugerichtet hätten. Er habe sich die Verletzungen von einem Arzte bescheinigen lassen. Wenn er während der schweren Mißhandlungen Aufe wie „Pande“ und „Verbredner“ ausgehoben habe, so sei dies gewiß entschuldigbar. Die Schuttmänner behaupteten dagegen unter ihrem Eid, daß von vorläufigen Schlägen gar keine Rede sein könne. Drechsler habe sich auf der Wache im höchsten Grade widerspenstig benommen, so daß der Telegraphist, welcher durch das Toben des Angeklagten außer Stand gesetzt war, die Persönlichkeiten der Zeugen festzustellen, anordnete, den Angeklagten einzuwickeln in der Einzelzelle unterzubringen. Hierbei habe Drechsler sich energisch zur Wehre gesetzt und dabei möge er wohl einige Wände abgenommen haben. Verletzungen seien an ihm aber nicht zu bemerken gewesen, als er die Wache verlieh. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten beider Vergehen für überführt und beantragte gegen ihn eine Gesamtstrafe von drei Wochen. Der Gerichtshof zog dagegen in betracht, daß der Angeklagte, wie er auch in der Verhandlung bewiesen, ein sehr leicht erregbarer Mensch sei und beließ es deshalb bei einer Geldstrafe von 60 M.

Versammlungen.

Die Anarchisten hatten am Mittwoch Abend eine Versammlung einberufen, in der Demywolk, Pawlowitsch und Landauec über die Friedensbewegung des Jaren und die Kaisererin in Oeynhausen sprachen. Man hatte erwartet, daß auch über das Attentat gegen die Kaiserin Elisabeth eine Kundgebung erfolgen würde, das geschah aber nicht.
Die Berliner Fleischer-Junng beschloß am Mittwoch in einer Versammlung im Junngshause, Neue Grünstraße, erneut bei den zuständigen Behörden dahin vorzulegen zu werden, daß die Grenzsperrern aufgehoben sowie feste festgesetzte Normen für die Einfuhr und den Verkauf amerikanischer Fleisch- und Wurstwaren geschaffen

würden. Bezüglich der von den städtischen Behörden herbeigeführten Besteuerung der Fleischkammern auf dem Schlachtbause einigte man sich dahin, diese Steuer durch einen Aufschlag auf das Schlachtgeld zu bedeck. Unter „Geschäftlichem“ wurde lebhaft darüber geflagt, daß es bei dem Vorgehen gegen die Rabatt-Sparvereine bisher unter den Fleischern an der erforderlichen Einigkeit mangelte.

Zwei Frauenversammlungen waren am Mittwoch Abend mit dem Thema: Sollen die gewerblichen Streikigkeiten nur Männer über Frauen Richter sein? einberufen. Die Versammlung im Lokal Sandhauz konnte wegen des schwachen Besuchs nicht tagen. Auch die zweite Versammlung im Köstner Hof wickelte sich nicht besonders gut ab. Frau Lilly Braun stellte eingehend dar, in welcher Weise bisher im Reichstage für das aktive und passive Wahlrecht der Frau gekämpft worden sei. Leider sei dieser Kampf bisher erfolglos geblieben. Je mehr aber die Frau ins Leben hinausgetrieben werde aus dem Kreise der engeren Familie, desto mehr habe sie auch ein Recht darauf, das Wahlrecht in jeder Form, namentlich bei den Gewerbebetrieben zu fordern. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion ergriffen Raufschel und Synge das Wort. Beide Redner führten Beispiele aus ihrer Thätigkeit als Gewerbebetriebsleiter an, woraus deutlich ersichtlich, daß es äußerst notwendig ist, endlich einmal auch Frauen als Gewerbebetriebsleiter zu wählen. Hierauf nimmt die Versammlung einstimmig eine Resolution an, welche energisch dagegen protestiert, daß Frauen nicht zu Beistimmen in den Gewerbebetrieben gewählt werden können, und eine Abänderung der betreffenden Gesetzesparagrafen fordert.

In dem Bericht über die Versammlung der Vorstände der Berliner Ortskrankenkassen Nr. 202 des „Vorwärts“ schreibt uns Genosse Albert Kohler: Ich finde darin von den Vertretern des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen die Erklärung angeführt, daß der Vorkühende des Verbandes, Herr Prinz, der bereits vor einigen Jahren sich an sämtliche Ministerien mit diesen Petitionen gewandt hat, von der Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg auch zur Einleitung dieser Petition an den preussischen Handelsminister nicht ermächtigt war. In diese Ausführung hat sich eine Unrichtigkeit eingeschlichen. Ich habe angeführt, daß die Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg sich schon vor Jahren auf dem Verbandstag zu Köln gegen das ewige Petitioniren auszusprechen, daß damals allerdings die Majorität noch gegen uns entschied, wir hielten es hier für richtiger, durch eine Kommissionsmission in Verhandlungen mit den Vorständen eine Besserung unserer Lage herbeizuführen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Im Bezirk Ost und Nord-Ost sprach am 12. September Genosse Jahn über: Lebenshaltung und Einkommen. Von einer Diskussion wird Abstand genommen. Besprochen wird die Zustände von Schillingen nach Franke, Löwe und Jorndorferstraße-Ecke zu besetzen. Mit Rücksicht auf die Friedrichsberger Kollegen wurde beschlossen, eine neue Zahlstelle bei Georgi, Frankfurter Allee 70, zu gründen, eine weitere Zahlstelle soll in der Landsberger Allee errichtet werden. Als Beitragssammler wurden gewählt für die Zahlstelle in der Frankfurter Allee, Buchheiser; für die in der Landsberger Allee, Drechsler Roschel. Stufge legt sein Amt als Bezirksleiter nieder, da er als Vorsteher des 6. Gauses so viel beschäftigt ist. Es wird an seiner Stelle Häffner und als Bibliothekar Wendt gewählt.

Im Bezirk Süd und Süd-Ost referierte am 12. Genosse Siller über: Die Arbeiterchaft in Emanzipationskampf, wobei er namentlich auch auf das in Aussicht stehende Gesetz verwies, durch das der Emanzipationskampf den Arbeitern sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden würde. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion. Alsdann wurde mitgetheilt, daß der Streik bei Geller u. Platzen fortwähret. Seine Weidner und Mezz werden in die Werkstatt-Kontrollkommission gewählt. Als Bezirksleiter wird Loge, zum Schriftführer Planz und zu Beitragssammlern werden Mohl und Wolf gewählt.

Im Bezirk Rosenhaler und Schönhauser Vorstadt hielt am 11. September Bruno Porich einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Sodann wurden einige Wahlen zu Verwaltungsstellen vollzogen.

In der Bezirksversammlung für Wedding und Gesundbrunnen, die am 12. September stattfand, sprach Th. Wegner über: Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz. Nachdem noch der Obmann für besseren Besuch der Vertrauensmänner-Versammlung eintrat, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Charlottenburg. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Branchen veranstalteten am Dienstag im Lokale Bismarckhöhe eine öffentliche Versammlung, in welcher Linl einen Vortrag hielt, dessen Thema lautete: Welche Aufgaben haben die Gewerkschaften zu erfüllen? Da eine Diskussion dem äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag nicht folgte, erstattete Dreife Bericht über den Streik der Porzellanarbeiter der Firma Haldemanager (Anhaber Schwarz) in Charlottenburg. Vor allen Dingen sei besonders zu betonen, daß der Streik nicht von den Arbeitern muthwillig provoziert worden sei, sondern durch die unmothivirte Kündigung zweier Kollegen, die sich weigerten, für einen zu niedrigen Lohn zu arbeiten, entstanden sei. Nachdem der Unternehmter wiederholt erklärt, mit den übrigen Arbeitern nichts zu thun haben zu wollen, habe man einstimmig die Arbeit niedergelegt, und die Bedingungen zur Wiederaufnahme dem Herrn Schwarz unterbreitet. Nach langem Hin- und Herfechten habe sich Herr Schwarz endlich durch eine dritte Person bereit erklärt, mit seinen Arbeitern mündlich unterhandeln zu wollen. In dieser Unterhandlung habe er dem wohl auch die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt, jedoch nichts bewilligt, so daß der Streik noch immer auf seinem alten Standpunkt steht. — Eine Mitteilung theilt nun mit, daß in der letzten Gewerkschaftssitzung beschlossen sei, für die ausständigen Porzellanarbeiter 250 M. zu bewilligen und Sammellisten in Umlauf zu setzen, auf welche er fleischig zu zeichnen beträt. Im übrigen könne er seiner Verurteilung nicht genügend Ausdruck geben darüber, daß von den Kommunistenmitgliedern und den Vorstehenden der Gewerkschaften trotz der so überaus wichtigen Tagesordnung nur so wenige erschienen seien. — Im Verschiedenen erucht dann der Vorsitzende, für die in den nächsten Tagen stattfindende Protestversammlung kräftig zu agitieren. Hierauf schließt die außerordentlich flecht beendete Versammlung.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1862. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Jahrsabend bei Redwald, Alte Natashr. 54/55.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Märchenhof, Kontraststr. 18a; Vortrag des prof. Naturheilkundigen Grundmann.

Allgemeiner Kreislicher stenographischer Verein. Abtheilung „Bismarck“, Waldenstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter sprach am 8. September Genosse Hoffmann über das Thema: Robbene Eben. Unter Vereinsangelegenheit wurde mitgetheilt, daß der Ueber-schuß vom Vergangenen im Lokale des Herrn Lindenbain einem tranken Mitgliede zu gute gekommen ist.

Witterungsübersicht vom 15. September 1898, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. n. G. 10 u. 4 u.	Stationen	Barometer hohes mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. n. G. 10 u. 4 u.
Schwabenm.	709	W	4	Heller	14	Daparduna	743	NO	6	Regen	5
Hamburg	771	W	1	Wolklos	16	Petersburg	770	—	—	—	—
Berlin	770	W	4	Wolklos	17	Konst.	771	—	—	—	—
Wiesbaden	773	SW	0	Wolklos	12	Berden	770	—	—	—	—
München	774	SW	0	Wolklos	11	Paris	772	SW	0	Rebel	17
Wien	772	SW	0	Wolklos	11	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. September 1898.
Etwas kühler, bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 16. Septbr.:
Opernhaus. Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Galeotto. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Dittelo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Dittelo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wespen. Der Traum ein Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reise. Frühlingswende. Hierauf: Eiferhüt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der politische Kannegießer. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Wespe. Alliance. Rabelle und Liebe. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schlus sel. Wwe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshabit. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi - Ronde. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturambulanz. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalideustr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten - Vorstellung.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater). Freitag:
Der politische Kannegießer.
 Sonnabend zum ersten Male:
Die Haubenlerche.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der politische Kannegießer.
 Abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Central-Theater
 Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
 oder: Eine japanische Theaterschau-Geschichte.
 Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Edwin Jones. Deutsch von G. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Dr. Kapellmeister C. Goldmann. Kasseneröffnung 1/7 Uhr. Anfang 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Wettelsudent.**

Prater-Theater,
 Kaffianen-Allee 7/9.
Robert und Bertram.
 Poffe mit Gefang in 3 Abtheilungen von Käber.
 Altona Tanti mit seinen dreifachen Kunden. Tho 3 Foyos, stinische Grandis. Gebr. Milardo, Grotosque, Duetting. Ely Viola, Koffilmontur. Jan and Jim, Knodebüch. Morlyos, Fata Morgana.
Konzert u. Ball.
 Anfang 4 Uhr.
 Eintritt 30 Pf., min. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Metropol-Theater.
 Behrensstr. 55-57.
 Direktor: Rich. Schultz.
 Theater-Telephon Amt I. Nr. 378.
 Kaffe-Telephon Amt I. 2120.
 Novität! Zum 14. Male: Novität!
Das Paradies der Frauen.
 Gr. Kundhaltungspoffe mit Gefang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Tod's 'Madame Satan' von Jul. Freund, Musik von Jul. Gindshofler u. Bert. Sänger. In Szene gesetzt von Dr. Richard Schultz. Der Choreographische Theil v. Balletmeister Louis Gumbach. Im 2. Bilde: Ballet u. Die Maden des Jahrhunderts. (30 Damen.) Im 6. Bilde: Gosa's Vermählung. großes Ballet mit 100 Hofsoldaten (80 Damen).
 Preise der Plätze: Orchesterfauteuil 4,50 W., Parkettfauteuil 3 W., Parket 2 W., Boxenreihe 1,50 W. Von 9 Uhr ab 1 W.
 Anfang der Vorstellung 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: **Das Paradies der Frauen.** Restaurant unter Leitung des Köchleranten V. Schauris. Konzert der Tscherkessen-Kapelle Petrow.

Urania
 Taubenstr. 48/49.
 Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62: Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.
Passage-Panoptikum.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
 Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété.
 Ohne Extra-Entrée.
Neues September-Programm.

Castan's Panoptikum.
 Major Graf
Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
 dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
 und 15 hervorragende Debut.
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.
 Sonnabend, den 17. Sept.:
Erste Soirée
 der allbeliebten
Stettiner Sänger
 (Wespe, Pietro, Britton, Stebb, Arone, Höhl, Schneider und Schrader).

Reichshallen-Restaurant
 (vom 17. Septbr. an):
 Jed. Abend 8 Uhr: Gr. Konzert des Reichshallen-Orchesters. (Kapellmeister Max Schmitz.)
 Vom 18. September an: Täglich **Grosser Mittagstisch.**
 Während des Diners: Konzert des ges. Reichshallen-Orchesters.
 Restaurations-Chef: Felix Müller. Köchen-Chef: Fritz Schallier.

Alcazar-Theater
 Dresdenstr. 52/53. City-Passagen.
 Direktion: Richard Winkler.
 Novität! Täglich: Novität!
Die Kiebig.
 Große Ausstattungspoffe mit Gefang und Tanz.
Neu! Neu! Neu! Meta's Verlobung.
 Schwanz in 1 Akt.
 Gesamtunterhaltung des durchweg neuengagierten Künstler- und Spezialitäten-Perfekte.
Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Res. Platz 50 Pf. Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.

Stend - Carl Weiss - Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Novität! Zum 10. Male: Novität!
Schlutz sel. Wwe.
 Gefangsbüchse in 3 Akten von D. Henschel, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens.
 Vorher: Humoriger Prolog, gesprochen von Carl Weiss.
 Anfang 8 Uhr.
 -Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.
 Sonntag Nachmittag halbe Preise: Dorf und Stadt.
 Im Garten:
Spezialitäten-Vorstellung.
 Anfang 5 1/2 Uhr.
 Passpartouts haben Giltigkeit.

Luise-Theater
31. Neichenbergerstr. 31.
 Abends 8 Uhr, zum 2. Male:
Der Kaufmann von Venedig
 Lustspiel in 4 Akten von W. Shalepeare. Überlegt von H. W. v. Schlegel. Schloß, ein Jude: Ludwig Rossen. Freitag:
Seine Puppe.
 Volkspoffe mit Gefang in 3 Akten von Max Schönan. Musik von Fritz Krause.
Der Verwandlungs-A. Angelotti
 in seiner Entdeckt!
Feen-Palast-Theater
 Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Direktion: Winkler und Fröbel.
 Neu! Neu!
Fred Edlwi.
 Erster deutscher Original-Bild-Verwandlungs-Schauspieler mit seiner Sensationskomödie **Eine Minute zu spät.**
 Sechs Personen dargestellt von G. L. A. I. I.
 Neu! Kische Melitta, Neu! Sport-Soubrette in ihrem eleganten **Peony-Gespinn.**
 Neu! **Balleen.** Raffinierter Minierin. - Ferner: Carola Caris, Prima-Ballerina. - Helene Voss. - Max u. Ernst Wardini. - Molly Verch. - Barakow Truppe. - Welser Trio. - Carré und Banola.
 Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
 Dresdenstr. 97.
 Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
 Neu! Novität! Neu!
Infer Junge.
 Poffe mit Gefang v. G. Braune.
 Anfang: Sonntag 8 Uhr.
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree: Wochentags 20 Pfennig. Sonntag 40 Pfennig.
 Die Direktion: Aug. Kollig.

Berliner Sänger
 u. Theater-Gesellschaft Tyll Eulenspiegel.
 Direktion: Oskar Klein - Gustav Oberg.
 10 Damen, 12 Herren, groß Orchester.
 Jeden Montag und Freitag vom 12. September ab in der **Viktoria-Brauerei.**
 Jeden Dienstag in der **Brauerei Friedrichshain** früher Lyp. Am Königsthor.
 -Humor auf Humor.-
 Beginn 7 1/2 Uhr, Billet 75 und 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Concerthaus.
 Leipzigerstr. No. 45
Freitag
 und
Sonnabend
 geschlossen.
 Sonntag: Anfang 7 Uhr.
 Zum Schluß:
Der liebe Onkel.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Freitag und Sonnabend:
Keine Vorstellung.
 Eröffnung
der Winter-Season
 am Sonntag, den 18. September.
 Zur Aufführung gelangen:
Schauspiele,
Lustspiele u. Poffen.
Panelsopha Warm, Hübel, Divan, Kleiderp., Wälschp., Vüderp., Schreibst., Buff., Speiset., Weisf., Spiegel, Leuchtbl., Bilder, Bild., verkauft Vaudbergerstr. 77 (Möbelspeicher). 927b

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Freitag und Sonnabend:
Keine Vorstellung.
 Eröffnung
der Winter-Season
 am Sonntag, den 18. September.
 Zur Aufführung gelangen:
Schauspiele,
Lustspiele u. Poffen.

Alcazar-Theater
 Dresdenstr. 52/53. City-Passagen.
 Direktion: Richard Winkler.
 Novität! Täglich: Novität!
Die Kiebig.
 Große Ausstattungspoffe mit Gefang und Tanz.
Neu! Neu! Neu! Meta's Verlobung.
 Schwanz in 1 Akt.
 Gesamtunterhaltung des durchweg neuengagierten Künstler- und Spezialitäten-Perfekte.
Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Res. Platz 50 Pf. Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.

Freie Volksbühne.
 Sonntag, 18. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, im **Leising-Theater:**
 III. Abtheilung: **Galeotto.**
 Die I., II., III., IV. Abtheilung ist geschlossen.
 Neue Mitglieder können nur noch zur V. Abtheilung aufgenommen werden.
 Der Vorstand: G. Winkler.

Circus G. Deike
 Nollendorfplatz 5.
 Der erste und eleganteste reizende Circus Europas.
 130 Personen, 45 Pferde.
 Eigene elektrische Beleuchtung.
Heute u. folgende Tage:
Gr. Vorstellung
 mit reich wechselndem Programm.
 Sonnabends, Sonntags wie Mittwochs je 2 große Vorstellungen, nam. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Mähr's Theater
 Cranienstr. 21.
 Täglich
Gr. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Berliner Wälsch-Mädchen.
 Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Bands haben Giltigkeit.
 Materialw., Gemüse- und Kohlen-geschäft, getrennt, zu verkaufen oder zu vermieten Adalbertstr. 24. 948b

AUSSTELLUNG AM KURPÜRSTENDAMM.
Nur noch 14 Tage!
CARL HAGENBECK'S INDIEN.
Schaustellungen in der gedeckten Arena: Wochentags 5 u. 7 Uhr nachm. Sonntags 3, 5 u. 7
Vorstellungen im Indischen Theater ab 4 Uhr. Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Konzert.**
Sonntag, den 18.: Gross. Entscheidungs-Ringkampf zwischen dem Indier **Mhahool Khan** u. dem Berliner **Herra Kanitzki**
 um den Siegespreis von 300 Mk.
 Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Oranien-Hallen
 Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
 Inhaber: **Hermann Scholze** 5050b
 empfiehlt seine Hälle den Vereinen zu Besessammlungen und Festlichkeiten.
 Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Max Klien's Sommer-Theater,
 Gassenhaide 14/15. - Keislicher Leiter: **Paul Milbitz.**
 Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
 Neues Programm:
Wienecke's Zwerg-Theater. **Blackwell.** **Froschmenschen.** **Benedetti.** **Quintor.** **Edler von Neiz.** **Transformations-Künstler.** **Bertoletti.** **Bongiose.** **Max Grabow.** **Romiker.** **Elsa Rottli.** **Chorfaschette.** **„Das Täubchen von Quedlinburg.“**, Volkspoffe mit Gefang.
 In den Festhällen:
Grosser Ball.
 Die Kaffeeküche ist geöffnet.
 Max Klien.

Guckel's Zahnateliers
 Lausitzer Platz 2, Stoglitzerstrasse 71.
 Restrommirt und wohl-bekannt.
Zähne v. 3 M.,
Plomben v. 2 M. an.
 Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!
 Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Jede Konkurrenz übertreffend
 bietet sich
heute und folgende Tage
 in prima frischer Qualität:

Zander	pro Pfund	50-60 Pf.
Shellfish	(in allen Größen)	15-25 "
Gablän	"	18-25 "
Seelachs	"	15-20 "
do. im Auschnitt	"	30 "
Bratshollen (Flundern)	"	20-25 "
Große Schollen	"	40 "
Rothzungen	"	35-40 "
Glö-Varische	"	40 "

Lebende Hechte, Schiele, Karpfen, Karauschen, Barsche etc. in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
16 Dragoner-Strasse 16
Otto Gundermann.

Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116.
 am Oranienplatz (kein Laden)
 Einzelverkauf reeller Waaren zu folgenden Preisen (Parthieswaren nicht abgeh.)

Herrenhüte, weiß	1,25 1,50 2,- 2,50 3,- 3,50 u. 4,-
do. schwarz	2,- 2,50 3,- 3,50 u. 4,-
z. Haarhüte	4,50 5,- 6,- u. 7,-
Cylinderhüte	3,50 4,- 5,- 7,50 9,- u. 11,-
Herren-Mützen	0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder-Mützen	0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder u. Costummandeln	0,75 1,- 1,25 1,50 2,- u. 2,50

 Welche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte, Chapeaux elegans, Turmehüte, Jagdhüte, etc.
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
 Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

Arbeiter-Bildungsverein
 zu Johannisthal - Niedersobösch-Weide und Umgegend.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
August Druck
 am 13. d. Mts. nach langer Krankheit verstorben ist.
 Ehrs seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 16. Septbr., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause zu Johannisthal aus nach Radow statt.
 Um zahlreiche Betsichtigung bittet Der Vorstand.
Adlershof!!
 Empfehle geehrten Vereinen und Gesellschaften meine **Säle** zur gef. Benutzung und bitte um geneigten Zuspruch. Herr Kantsdorfer Herr Oppen liess meinen Saal am 11. September schließen.
Paul Schmauser,
 Bismarckstr. 16.
 Jeden Sonnabend: **Güsse - Ausstellungen** bei Bogel, Breslauerstr. 9.
Hirschfleisch 30, 40, 50.
Oderbrucher Fett-Gänse, Gänsefleisch pfeiffweise, Gänsefleisch, Gänsefleisch, Enten, Gänse, Tauben billig.
A. Ritschl, Nr. 61. Wild- u. Geflügelhandlung.
Carl Becker
Cigarren, Cigaretten, Tabake
 Gerichtsstr. 28, Bahnhofs-gang part.
 Betten, Stoppbetten, Gardinen, Tischdecken, Vorhänge, Regulatorie, Remontoir-Uhren, Anzüge, Dosen, Reisekoffer, Oprengüter billig
Pandlaube Neanderstr. 6.
Möbel in Teilzahlung
 Gr. Frankfurterstr. 34
S. Lichtenhal
 Kaufmanns-Pragalin, altes renom. Geschäft, besteht schon über 20 Jahre.
 Vorhofgeschäft billig Kantenstr. 13.
Nähmaschine billig zu verkaufen v. Neumann, Burgstr. 3, S. III. Schlofferwerkst. in Krasch u. verf. Preis 500 Thlr. Näh. 6. Persche, Oranienstr. 28. 938b
Plättelker, langjährig, oder Geschäftsführer bill. z. veru. Franzstr. 10.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
 Zu der Möbelfabrik von **Zelder & Plathen,** Königsbergerstr. 26-27 u. 28-29, dauert der Streit fort.
Zuzug fernhalten.
Achtung! Achtung!
Brauerei - Arbeiter
 Berlins u. Umgegend.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Kollegen, welche arbeitslos sind, sich umgehend in Arbeitsnachweis, **Blumenstraße 38** bei **Scheerer** zu melden haben.
 Auch Nichtmitglieder werden unentgeltlich in Arbeit geföhrt. 41/8
 Der Vorstand der Brauerei-Arbeiter.
Geübte Kartonarbeiterinnen werden sofort verlangt 9206
Georg Heise, Waldemarstr. 51.
Nebenverdienst
 von 6 bis 8 Mark können Arbeiter die in größeren Betrieben beschäftigt sind, wöchentlich verdienen. Zu erfragen Müllerstr. 174 I bei **Jacobi,** abends 8 bis 8 Uhr. 4981b
Tüchtiger Werkführer, selbständiger Arbeiter f. Spirituslad u. chem. Fabrik gesucht. Bewerbungen unter Chiffre **B. G** an die Exped. des „Vorwärts“, Deutschr. 3. 944b
Plätterinnen
 auf Chemiefabrik u. Servitens finden dauernde Beschäftigung Lindenstr. 63.
Klempner-Lehrling wird verlangt Alte Jakobstr. 40/41.
Kartonarbeiterinnen im und auherm Hause gesucht. 936b Kaffianen-Allee 70.
Farbignmacher
 gesucht **H. Benecke,** Goldbleichenfabrik, Gien (Habr).
Blechschnier bei Kfordlohn verlangen Th. Schmidt & Horkenrath, Weiserstr. 12. 940b
Kartonarbeiterin, geübt u. zum Fernen verlangt 31/19
Neumann, Stallschreiberstr. 23.
Sattlergehilfen, tüchtige, selbständige Kofferarbeiter, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung in der Kofferfabrik von **Louis Pracht,** Breslau, Chlauerstr. 63. 131/17*

Das Schuhwaarenhaus S. Selbiger, Landsbergerstr. 40,
 bleibt am Sonnabend, den 17., und Sonntag, den 18. September der Feiertage wegen geschlossen.

8 öffentl. Protestversammlungen der Gewerkschaften Berlins

am Montag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr,
in folgenden Lokalen:

Königshof, Bülowstraße Nr. 37.
Cösliner Hof, Cöslinerstraße 8.
Brauerei Bötzow, Am Prenzlauer Thor.
Sanssouci, Kottbusserstraße 4a.

Brauerei Moabit, Churmstraße 25-26.
Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21.
Martens Festsäle, Friedrichstraße 236.
Tonhalle, Friedrichstraße 112.

Die Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafen und durch einseitigen Schutz der Arbeitswilligen.
Referenten: Bernhard Bruns, Paul Dupont, Dr. Herzfeldt, Gustav Kessler, Paul Litfin, Ingo Poetzsch, Robert Schmidt, Arthur Städtgen.
Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Wir erlitten Euch, diese wichtigen Versammlungen recht rege zu besuchen. Vorwärts, auf die Schanzen zur Verteidigung des Koalitionsrechts und für die bis dahin Unorganisierten.
Die Berliner Gewerkschafts-Kommission. S. N.: Rud. Millarg.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, 18. September, vorm. pünktlich 9 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burg u. Wolfgangstr. Ecke:
Anherordentliche General-Versammlung
des
Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
Tagesordnung: 1. Großer astronomischer Projektionsvortrag mit zahlreichen Licht- und Drehbildern, genannt „Ein Ausflug in die Sternennelten“, gehalten von Direktor F. S. Archenhold, Treptower Sternwarte. 2. Antrag vom Osten betreffs einseitiger Beschränkung der „Einigkeit“ durch den Verein. 3. Vereinsangelegenheit. 4. Mitgliedswahl legitimiert.
Es eruchtet um pünktliches Erscheinen.
Im Auftrag des Vorstandes: Franz Schulze.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Genie, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Weichstr. 20-22:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Osten und Nord-Osten.

Beim Schmied Georgi, Frankfurter Allee, Ecke Petersburgerstraße, und beim Schmied Bartz, Gothenindstraße 3, sind neue Zählstellen errichtet.
107/11

Tischler-Verein.

Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, Weichstr. 15:
Versammlung
Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.
Am Sonntag, den 26. September: Herrenpartie nach Finkenkrug. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr, Bahnh. Der Vorstand.
109/2

Achtung!

Lächner und Koffermacher!
Am Freitag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Brochnow, Sebastiaustr. 39:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei Fischer & Richter. 2. Verschiedenes.
3. Kollegen! Der Wichtigkeit der Sache wegen ist es notwendig, daß Alle erscheinen.
Die Agitationskommission der Lächner u. Kofferarbeiter Berlins.
943b

Freie Vereinigung der Bau-Anschläger

Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 18. September, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Büsche, Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelosen. — Die Mitglieder werden auf 9 9 aufmerksam gemacht.
Der Vorstand.
34/2

Verein deutsch. Schuhmacher (Schäftebranche)

Sonnabend, den 17. September, abends 9 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57:
Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen Vogt.
372/2

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Sonnabend, den 17. September 1898, abends 8 1/2 Uhr, in den „Cranienhallen“, Cranienstraße Nr. 51:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn A. Hoffmann über: „Arbeiterleid und die Zuchthäuser“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Vereinsangelegenheiten.
142/14
Zu anberaumt der wichtigen Tagesordnung erlaube ich die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand.

Stiftungs-Fest

am Sonnabend, den 24. September, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Die Musik wird von Berufsmusikern unter Leitung des Dirigenten Herrn Guttman ausgeführt.
Einladungen, Herrn 60, Damen 25 Pf., sind zu haben beim Kollegen Götting, Mariannenstraße Nr. 17 und beim Vorliegenden G. Darso, Grünauerstr. 25, sowie im Arbeitsnachweis, Raunauerstr. 79 b. Hrn. Heinrich.
209/7

Rixdorf.

Arbeiter und Arbeiterinnen!
Montag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung

aller Gewerkschaften
in den Apollo-Theaterjalen, Hermannstr. 48-50.
Tages-Ordnung:
1. Die Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafen. Referent Gen. Ferdinand Ewald-Berlin. 2. Diskussion.
3. Zu dieser Versammlung sind alle Gewerkschaften sowie alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche ein Interesse an dieser Tagesordnung haben, eingeladen.
Der Vertrauensmann der Gewerkschaften Rixdorfs.

Möbeltischlerei und Lager complet.

Einrichtungen in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt, Tischlermstr.**
Skalitzerstraße 6 (am Kottbusser Thor).
Besantwortlicher Redakteur: Ingo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Doding in Berlin.

Arbeitsanjüge W. Fahr

Brennauerstr. 112.
Benge vor der Noth!
Allgemeine
Volks-Krankenkasse

6. 6. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptsitzlokal:
Berlin N., Mällexstr. 174 L.
Telephon-Amt II. 2436.
Bureaulunden 8-4 Uhr.
Kleine Beiträge!
— Hohes Krankengeld!
Nach für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gewährt. Ausnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.
Agenten
für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 55589*

Möbel-Kaufhaus

Die Möbelfabrik Neue Schönhauserstraße 2, zwischen Ranzstraße und Rosenhalerstraße (früher Rosenhalerstraße 15) verkauft in den neuerbauten Fabrikgebäuden Quergebäude und Seitenflügel, erste und zweite Etage, Möbel zu jedem annehmbaren Preise. Auch für weniger Bemittelte halte ich stets Lager von einfachen Einrichtungen schon von 450-300 M. Eventuell gebe ich an sichere Leute Kreditstättungen gegen Teilzahlungen unter folgenden Bedingungen. Beantragt ohne Anzahlung. Eigene Tapetier- und Dekorationswerkstatt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben. Der Teil sehr wenig benötigter Möbel verkauft darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Ruhbaum- oder Mahagoni-Schreibtische u. Vertikale 36 Rost. Korridorstühle 20. Küchenschleierstühle 32. Bettstellen mit Matrize und Matratzen 21. französische Nachtstühle mit Sprungfeder-Matrize und Matratzen 48. Quart. Kommoden 18. Spiegel 9. Säulen-Trumme 48. Dinat mit Stuhlzug 20. Garnituren, Panteelsoffas. Salonstühle, Anleischstühle mit Spiegelstühlen, Maheden, Porenschreibtische, Teppiche, Garderobenschränke, Bänke, Schränke etc., sowie alle Arten Rahmenmöbel. Brautkleid erhalten Hochzeitsgesellschaft. Bekleidung meiner ausgezeichneten Verkaufsdamenlichkeiten ohne Kaufzwang jederzeit gestattet und erbeten. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne sonder transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb. 59859*

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate an.
39642*

Theilzahlung

ohne Preisermäßigung zu den konstantesten Zahlungsbedingungen.
Horren- u. Damen-Räder v. 180 M. an.
Adomelt & Landau,
Lohringersstraße 48 I,
nicht am Rosenthaler Thor.

Charlottenburg.

Sonntag, den 18. September, von nachmittags 4 Uhr ab findet im Lokal **Wismarsche** das

3. Stiftungsfest

des Vereins deutscher Schuhmacher (Charlottenburg) statt, durch Konzert, humoristische Vorträge, Ball und Festrede (Letztere gehalten vom Rechtsanwalt und Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Peine). Die Veranstalter beabsichtigen, den Besuchern eine angenehme Abendunterhaltung zu bieten und erwarten daher regen Besuch.
Programme kosten 25 Pf., Herren, welche am Tage teilnehmen, zahlen 35 Pf. nach.
Das Komitee.

3. Stiftungsfest

Lioblingsseife der Damen, wird von allen benutzt, denen an Erhaltung ihrer Schönheit gelegen ist.

Karola.
Für Fabriken,
Werstätten, Kontinen etc.
Hefeseife: 50 St. 50 St. 50 St.
40/2 H. Export-Weißbier f. 20. 3, ohne Wasserzufug.
50 St. 50 St. 50 St. 50 St. 50 St. 50 St. 50 St. 50 St.
40 Flaschen helles Lagerbier für 20. 3, (von welcher Brauerei gemischt wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Es umfugt.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Sedanstr. No. 82.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Erfurt-Ilversgehofen

Renommiertes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalvt, Spezialität...	7 M.
„ „ ohne Nahl, Spiegel	8,50 M.
„ „ Befag u. Knopferzierung	3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
„ Agraftentiefel, Befag	6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
„ Schnür-, Zug-, Hans-, Kellenschuhe in den verschiedenen Dessins und Weisungen.	
Arbeitschuhe, reell, solb, leicht, 4,50 bis 6,50 M.	
Schafstiefel, Reistiefel.	
Damen-Zugstiefel	2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
„ Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befag u. Kappe	von 5,50 M. an.
„ Schnürschuhe	von 3,50 M. an.
„ Hausschuhe	von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,	
zu anerkannt sehr billigen Preisen.	
Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 M. an.	
Größe Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.	

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgekempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen.

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestr. 102. W. Schillstraße 12. Zietlin, Reichshagenstraße 14. Gannover, Hagelmarkt 7a. Damburg, Steinstraße 16. Bremen, Wargenroderstr. 5. Düsseldorf, Haukestraße 75. Düsseldorf, Schadowstraße 57.	Rdn a. Rh., Eigelstein 66. Frankfurt a. M., Liebmannstr. 25. Gell 67. München, Sendlingerstraße 10. Dachauerstraße 83. Landsbergerstraße 7. Dunoldstr. 22. Amalienstr. 28.
--	---

Institut für Zahnleidende.

Dr. chir. dent. Herm. Herod, american. Dentist,
Elsasserstraße 92, 1 Tr. (Rosenthaler Thor)

Behandlung aller Mund- und Zahnkrankheiten.
Schmerzlose Zahnoperationen, Plomben,
Patentamtl. geschützte Aluminium-Gebisse!

Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn. Unzerbrechlichkeit der Platte garantiert.
Gebisse ohne Gaumenplatte! Deutsches Reichspatent No. 98522.
Bitte zur Notiznahme, dass ausser mir Niemand diese patentierten Gebisse weder in Berlin noch Umgegend anfertigt noch anfertigen darf.
Institutpreise! Sprechstunden: 9-12, 3-5, Sonntags 9-11 Uhr. Telephon Amt III. 3014.

Flora-Säle

1000 Berl. falk. Electr. Beleuchtung
Besitzer: Bernh. Nieß, Weberstr. 17.
Sonnabende gratis zu vergeben.
Bereits Zimmer frei, geräumig, mit Piano. Einemstr. 23, Flieg.

Röpenid.

Morgen, Sonnabend, Freitag
Präparat Sodaschlamm?
G. Krüger, Grünstr. 51.
Lionistenstädtisches Klubhaus, 9426
Annenstrasse 16.
Neben Sonntag: Gr. Vall. — Fest-
säle u. Vereinszimmer zur Abhaltung
von Festlichkeiten u. Versammlungen.
Sonntagsabende an Vereine z. verg.
Bereitszimmer u. Klav. f. 15 bis
20 Berl., b. Hloß, Chantier-Platz 4.

Schankwirthschaft.

seit 3 Jahren bestehend, in der Nähe
großer Fabriken, soll sofort verkauft
werden. Näheres in der Expedition.

Deutsche Wörter

Deffert- u. Wialtrastier 1. Rang.
Brauerei Burgthaler, Potsdam,
gegr. 1788, def. J. Quintane, Brühlstr.
Bleich., Wöhr.,
Beloum etc. d. leicht
bestimm., nachh.
kräftige Bier. —
Insterbild, besth.
best. Geschm. u.
Gewichtsumkehr
über. 14 Flösch.
drei, 50 jedes
erst. In Geb. (%)
1/2, 1/10) 3 Selbst-
abz. weicht. bil.
Alten. Beständig.
f. Berlin u. Prov.
Bottelwerke
Ringler,
Berlin, Brun-
nenstraße 152.
Nächstälchenzahl
— Qual. entsehd.

Niemand sollte veräugeln,
bei Bedarf **Brunnenstr. 110**
(neben dem Pferdehaus-Depot) von
Jgnatz Sello zu beziehen: **alten**
Nordhäuser per Liter 50 Pf.,
hoch. **Stonsdorfer** inf. Orig.-Al.
(1/2 Liter) 80 Pf., **Halb und Halb,**
feinst. Aldermisch, pr. 1/2 Champagner
Flasche inf. 90 Pf., **Himbeer-**
Kirschsaft, rein und bis eingeg-
lost, per Liter 1.10 M., **süßsen**
Ungarwein, Orig.-Al. (1/2 Liter)
von 10 Pf. an, sowie **fürstl. Weine,**
Cognac, Rum und Liköre im
Eingelverpackt, auch eingemessen nur zu
Engrospreisen. Billigste Be-
zugsquelle. Bitte genau auf
No. 110, Brunnenstr. No. 110
zu achten. 51472*

Sophastoffe

und Kette

in Nipod, Tamost, Crepe,
Phantase, Gobelin und
Blasch (portbillig). (40712)*

Proben franco!

Läuferstoffe in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefevre, Cranienstr.,
Nr. 158.
Sonnabend, den 17. und Sonntag,
den 18. d. M. bleibt mein
Manufaktur- und Mode-
waren-Geschäft geschloffen.
Eugen Lewald,
Berlin O., Friedrichshagen,
Frankfurter Allee 189.

„Hülfe“

für jedermann in Krankheitsfällen
durchbare Geldunterstützung für
äußerst billige Monatsbeiträge erhält
man bei der Krankenkasse „Hülfe“.
Berlin 80., Elfenbeinstr. 82, I.,
am Schützenstr. Thor.
Agenten allerorts gesucht. 6526

Zahn-Erzatz ohne Gaumenplatte

Deutsches Reichspatent No. 33322